

Ostermarsch Rhein Ruhr Redebeiträge
2017

Samstag

Duisburg: Horst Schmitthenner S.2

Duisburg: Eberhard Przyrembel S.4

Düsseldorf: Sevim Dagdelen S.8

Sonntag

Gelsenkirchen: Uli Sander S.14

Montag

Bochum: Anne Sandner S.18

Dortmund Dorstfeld: Friedrich Fuß S.23

Dortmund: Lühr Henken S.25

Leider keine Redemanuskripte liegen vor
von

Samstag

Duisburg: Gizem Kockaya

Duisburg: Niyazi Oeztas

Düsseldorf: Thomas Geisel

Sonntag

Essen: Anneliese Franz

Wattenscheid: Christian Leye

Herne: Edith Grams

Bochum: Norbert Arndt

Bochum: Michael Schulze von Glaßer

Dortmund Dorstfeld: Daniel Kehl

Eberhard Przyrembel, Duisburg

Redebeitrag von Eberhard Przyrembel (Pax Christi) für den Ostermarsch Rhein-Ruhr in Duisburg am 15. April 2017

Liebe Freundinnen und Freunde,

Ich bin einer der 13 Millionen deutschen Flüchtlinge, die nach dem 2. Weltkrieg von Restdeutschland aufgenommen wurden.

Deshalb möchte ich etwas zur letzten Forderung unseres Duisburger Flyers sagen: „Verbot der Parteien, die das Grundgesetz mißachten, nationalistisches und faschistisches Gedankengut verbreiten.“

Aber nicht die Frage des Verbots diskutieren, sondern die Tatsachen und Einstellungen zu den Flüchtlingen heute am Beispiel des Staates Libanon behandeln (Quelle: Forum Ziviler Friedensdienst).

Grundsätzlich gilt: Nur wer sein und seiner Angehörigen Leben bedroht sieht, verlässt Heimat, Eigentum, Arbeit und Lebensgewohnheiten usw. Solche Menschen erleben sich ausgeliefert und meistens auch traumatisiert, so daß sie auf Menschlichkeit angewiesen sind.

Zunächst die Proportionen, d.h. das Verhältnis Einwohnerzahl zur Zahl der Flüchtlinge: 1939 hatte Großdeutschland 79 Millionen Einwohner. 1946 werden für Restdeutschland 65 Millionen Einwohner angegeben, auf 13 Millionen Flüchtlinge bezogen: Damals (1945-50) kamen auf 5 Deutsche 1 Flüchtling. Aufgerechnet und bezogen auf die Gesamtzahl der Einwohner

hatte Restdeutschland Platz für die Zahl von 20 %!- Rechnen sie sich selber aus, wieviel Prozent 200.000 auf 80 Millionen sind (0,25%).

In der Nachkriegszeit hatten die Deutschen so große Not, daß sie nur ans Überleben dachten: Wo bekomme ich zu essen, Kleidung und Wohnung! Niemand dachte an Montagsdemonstrationen.

Heute , als Folge von 6 Jahren Bürgerkrieg (besser: Stellvertreterkrieg) in Syrien leben im Libanon 6 Millionen Menschen, von denen 1,5 Millionen Flüchtlinge sind; dh auf 3 Einheimische kommt ein Flüchtling, und jeder 2. Flüchtling ist ein Kind unter 14 Jahren.

Die geflohenen Menschen haben alles zurückgelassen und sind dringend auf Überlebenshilfe angewiesen. Der Staat Libanon (wie auch Jordanien, Irak, Türkei) ist völlig überfordert. Ich nenne erst einmal nur Stichworte: Trinkwasser- und Nahrungsversorgung – Arbeitsplätze – Schulen und Berufsausbildung....

Alles im Land wird teurer. Die Einheimischen blicken neidisch auf Auslandshilfe für die Geflüchteten. Um zu überleben arbeiten viele syrische Flüchtlinge illegal und akzeptieren notgedrungen Löhne, die unter der üblichen Bezahlung liegen, was wieder zu entsprechenden Konflikten mit den Einheimischen führt.

Die Schulen und Krankenhäuser „platzen aus allen Nähten“, wie es im Umgangsjargon heißt – ohne dass man sich das heulende Elend der Kranken und in den Krankenhäusern Arbeitenden vorstellt.

Ein konkretes Beispiel: Die kleine Stadt BAR ELIAS in der Bekaa-Ebene und 12 Kilometer von der syrischen Grenze

entfernt hatte 50.000 Einwohner, doch inzwischen sind noch einmal so viele Geflüchtete hinzugekommen. Alle Einrichtungen und Behörden sind total überfordert

Da hatte jemand die grandiose Idee, gegen das Abfallproblem ausgerechnet Mülltrennung zu propagieren. Mülltonnen wurden mit ausländischer Hilfe eingeführt und ein syrischer IT-Spezialist organisiert den Betrieb: Aus dem Abfall werden Blech und Plastik herausgesucht und getrennt verkauft, sodass man sogar etwas daran verdient!

Unter der Träume weckenden Überschrift „Zeder & Jasmin“ wird dieses Recyclingprojekt betrieben. Das entstand aus einer Initiative von libanesischen und syrischen BürgerschaftsaktivistInnen, die bei den Einwohnern des Stadtteils erfragt hatten, was sie sich für ein besseres Leben wünschten.

Von den 20 Millionen Syrern sind über die Hälfte der Einwohner auf der Flucht, das Land ist teilweise von Bomben umgepflügt .. +übertragen Sie das auf deutsche Verhältnisse!

Und dazu dann im Vergleich die öffentliche Diskussion über die Silvesterereignisse am Kölner Hauptbahnhof... oder daß eine Partei, die ernst genommen werden will, jahrelang diskutieren und verhandeln läßt über „Mautgebühr“ ...

Wie bei Kriegsbegründungen, Rüstungsproduktion und Sicherheit durch Atombomben hätten wir ernsthaft die „Fluchtursachen“ zu erforschen –60 Millionen Flüchtlinge weltweit! -und wie eine himmelschreiend ungerechte Wirtschaftsordnung die Ursache dafür ist!

Mein Vorschlag: Warum stürzen sich die „Kapitalisten“ nicht darauf, Afrika zu einem Erdteil werden zu lassen, der beispielhaft von Sonnenenergie lebt?

Eberhard Przyrembel ist aktiv bei der Kath. Friedensbewegung Pax Christi und lebt in Duisburg.

Horst Schmitthener, Duisburg

Redebeitrag von Horst Schmitthener (IG Metall) für den Ostermarsch Rhein-Ruhr in Duisburg am 15. April 2017

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
Genossinnen und Genossen,
Freundinnen und Freunde,

Kriege und bewaffnete Konflikte wie in
Syrien, in Kurdistan, im Irak, in
Afghanistan oder der Ukraine scheinen
kein Ende zu nehmen. 1,8 Billionen
Euro werden jährlich für Rüstung und
Krieg ausgegeben. Gleichzeitig steigen
die Rüstungsexporte.

Über 65 Millionen Menschen sind
weltweit auf der Flucht. Die Grenzen
Europas und Deutschlands sind wieder
abgeschottet. Auf der Suche nach
Sicherheit ertrinken tausende
Menschen im Mittelmeer, das zur
tödlichsten Grenze der Welt geworden
ist.

Rassismus und offener Hass nehmen
in vielen Ländern der Welt zu – auch in
Deutschland. Die Wahrheit ist kein
Kriterium mehr, alles wird behauptet
und herbei gelogen, wenn es nur
Ängste und Vorurteile schürt. Die
herrschende Politik gibt diesen
Stimmungen nach und befeuert sie
noch. Inzwischen werden Geflüchtete
sogar in Kriegsgebiete wie nach
Afghanistan abgeschoben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
Genossinnen und Genossen,
Freundinnen und Freunde,

Wie der Bundesausschuss
Friedensratschlag verurteile auch ich
den Angriff der USA auf den syrischen
Flugplatz (al Schairat). Er stellt einen

Bruch des Völkerrechts dar und erhöht
die Spannungen in Syrien und
zwischen den USA und Russland. Die
Begründung des US-Präsidenten
Donald Trump ist bis heute nur eine
Behauptung. Zudem zeigt seine
Ankündigung, das Waffenarsenal
ausbauen zu wollen, ebenso wie der
Militärschlag gegen Syrien, dass er
nicht auf Friedenspolitik sondern auf
militärisches Handeln setzen mag.

Das zeigt auch, wie drängend
notwendig ein Atomwaffenverbot ist.
Offiziell setzt sich die Bundesregierung
für eine atomwaffenfreie Welt ein, will
sich aber nicht an den internationalen
Verhandlungen über ein
Atomwaffenverbot beteiligen.

Das ist schizophren.

Denn ohne die Ächtung von
Atomwaffen ist der
Atomwaffensperrvertrag ein stumpfes
Schwert. Das muss nun auch die
Bundesregierung einsehen. Die Kritik
der Bundesregierung, dass ein Vertrag
wirkungslos bleibe, sofern die
Atomwaffenstaaten nicht eingebunden
sind, ist absurd, da die Ächtung der
Atomwaffen ein unabdingbarer Schritt
ist, die Abrüstung hin zu einer
atomwaffenfreien Welt voranzubringen
– auch, wenn nicht alle Staaten diesen
Schritt von Anfang an mitgehen – wie
dies bei den Verboten von Bio- und
Chemiewaffen auch der Fall war.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
Genossinnen und Genossen,
Freundinnen und Freunde,

Neben den kriegerischen
Auseinandersetzungen und der
zunehmenden Militarisierung der
Politik hat gleichzeitig die soziale
Spaltung dramatische Ausmaße
erreicht. Gerade einmal 8 Männer
haben mehr Vermögen als die ärmere
Hälfte der Weltbevölkerung.

Diese Spaltung gibt es nicht nur im globalen Maßstab, sie durchzieht nahezu alle Gesellschaften, auch die deutsche.

Millionen Menschen müssen sich mit Niedriglöhnen durchschlagen, haben keinerlei Aussicht auf eine existenzsichernde Rente, müssen um die wenigen bezahlbaren Wohnungen konkurrieren. Anstatt dieses Problem anzugehen, werden immer mehr Mittel für Waffen und Militär ausgegeben.

Die Bundeswehr wird grundgesetzwidrig in immer mehr Staaten geschickt und bis 2030 sollen 130 Milliarden Euro zusätzlich für Rüstung ausgegeben werden. Gleichzeitig fehlen überall Gelder für Bildung, Soziales und ökologischen Umbau.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Genossinnen und Genossen, Freundinnen und Freunde,

ja, wir können nicht nur über Krieg und Frieden in der Welt reden. Wir müssen auch über die Aggressionen, die aggressiven Auseinandersetzungen, bis hin zu Gewalttaten bei denen Menschen getötet werden, in unserer Gesellschaft reden.

Aus dem Stand kommt die AfD mit zweistelligen Prozenten in die Landtage. Eine Partei die offen sagt, sie will keine Flüchtlinge in Deutschland haben und fordert, auf Flüchtlinge an der Grenze zu schießen, um sie an der Einwanderung zu hindern.

Pfui Teufel, das hat uns gerade noch gefehlt.

Diese rassistische, nationalistische, antidemokratische, kurz faschistoide Partei ist überflüssig wie ein Kropf.

Aber wer den Wahlerfolg der AfD auf die Flüchtlingspolitik und ihre Verweigerung von Asyl beschränkt, der springt zu kurz. Ihre Wähler sind die ökonomisch Abgehängten.

Es sind die noch gut situierten Bürger, die Angst haben, auch an den Rand der Gesellschaft gedrängt zu werden.

Es sind also jene, die mit ansehen müssen, das Politik ausschließlich für die Finanzmärkte und die Besserverdienenden gemacht wird.

Die erfahren müssen, das Politik und Politiker sich nicht um sie und auch nicht um die Angst der Bürger vor sozialem Abstieg kümmern.

Es ist also vor allem die dadurch geschaffene Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich, in Oben und Unten, die den Wahlerfolg der AfD ausmacht.

Wer den jetzt und in Zukunft bekämpfen will, muss nicht das Asylrecht zu Grunde richten, muss nicht die Flüchtlinge bekämpfen.

Er muss Sicherheit wieder herstellen und zwar soziale Sicherheit für alle.

Er muss den seit langem abgebauten, geschundenen Sozialstaat wieder aufbauen und dadurch die Spaltung der Gesellschaft abbauen.

Er muss Arbeit, bezahlbare Wohnungen, Bildung und Ausbildung und soziale Sicherheit für alle die das nicht oder nicht ausreichend haben schaffen.

Für Einheimische und für Flüchtlinge.

Lassen wir uns – Erwerbslose, abhängig Beschäftigte und Flüchtlinge – nicht gegeneinander ausspielen. Das nutzt nur denjenigen, die von den

bestehenden Verhältnissen profitieren und es nutzt der AfD.

Schon bevor viele Flüchtlinge kamen fehlten massenhaft bezahlbare Wohnungen, Kitaplätze und gute Arbeitsplätze.

Diese Probleme sind hausgemacht. Wenn nun mehr Menschen eine Arbeit suchen und eine Wohnung brauchen, ja dann wird der Mangel noch größer.

Also: „Klotzen statt Kleckern !“

Geld ist genug da – es ist nur in den falschen Händen.

Aber liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde,

nicht nur unsere Gesellschaft ist weniger friedlich sondern rechtslastiger und aggressiver geworden. Die ganze Welt ist nicht friedlicher geworden in den letzten Jahrzehnten.

Im Gegenteil. Es gibt nur 200 Staaten auf der Welt, aber aktuell mehr als 400 zwischenstaatliche und innerstaatliche

Auseinandersetzungen und politische Konflikte. Viele davon werden, Gott sei Dank, gewaltfrei ausgetragen.

Viele aber gewalttätig, 46 hoch gewalttätig, darunter 21

breit angelegte und 25 regional begrenzte mörderische

Kriege. Eine Horrorvorstellung und für uns noch mehr Ansporn Kriege zu ächten.

Eine Möglichkeit Kriege zu verhindern ist auch unser Kampf für eine Beendigung der Rüstungsproduktion. Denn ohne Waffen und militärisches Gerät könnten die Kriege, die überall in

der Welt geführt werden, nicht stattfinden.

Es ist ein Skandal das Deutschland, nach den USA und Russland, inzwischen der drittgrößte Waffenexporteur der Welt ist. Bei Panzerlieferungen nimmt Deutschland sogar den 2. Platz ein und bei U-Booten der 1. Platz. Besonders skandalös ist auch der Export von Kleinwaffen, durch die weltweit die meisten Menschen, vor allem auch bei nicht staatlich geführten Konflikten (Bürgerkriegen), ums Leben kommen.

Wir wollen, dass damit Schluss gemacht wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Genossinnen und Genossen, Freundinnen und Freunde,

wir brauchen keine Drohnen, wir brauchen auch keine milliardenschwere Rüstungsgüter wie Eurofighter, Military-Airbusse, Atombomber, Raketenabwehrsysteme, Kampf- und Transporthubschrauber, Marschflugkörper, Schützenpanzer, Fregatten und Korvetten, U-Boote, Laser- und Streubomben.

Nein, das alles brauchen wir nicht.

Wir brauchen Abrüstung und Rüstungskonversion. Oft wird die Forderung nach Einstellung der Rüstungsexporte und der Rüstungsproduktion mit dem notwendigen Erhalt der Arbeitsplätze in diesem Bereich zurückgewiesen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Genossinnen und Genossen, Freundinnen und Freunde,

Ich frage, müssen wir wirklich auf Rüstungsproduktion setzen um Beschäftigung zu sichern? Die Fakten jedenfalls sprechen dagegen. Lediglich

80.000 Arbeitsplätze sind von der Rüstungsproduktion abhängig. Das ist schon angesichts der 3.4 Mio. Beschäftigten in der Metall- und Elektroindustrie sehr überschaubar und zu bewältigen. Und angesichts der fast 45 Mio. Beschäftigten in der Gesamtwirtschaft ist leicht denkbar das qualifizierte Ersatzarbeitsplätze zu schaffen sind.

Und der Anteil der Rüstungsexport an allen Ausfuhren liegt unter 1 %. Der Titel des Exportweltmeisters ließe sich auch locker ohne Rüstung holen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
Genossinnen und Genossen,
Freundinnen und Freunde,

es stimmt, Wohlstand und Arbeitsplätze hängen in diesem Land nicht von der Rüstungsindustrie und nicht vom Export von Waffen ab. Was fehlt ist der entschiedene Wille der Politik, aber auch der Gewerkschaften, die Rüstungskonversion wirklich ernsthaft zu betreiben.

Wir werden dafür sorgen müssen, dass sich das ändert und der Wille, Rüstung und somit Kriege zu beenden sichtbar stark wird.

Vielen Dank.

*Horst Schmitthener ist ehemaliges
geschäftsführendes Vorstandsmitglied
der IG Metall*

Sevim Dagdelen, Düsseldorf

Redebeitrag von Sevim Dagdelen (MdB Die Linke) für den Ostermarsch Rheinland in Düsseldorf am 15. April 2017

Liebe Freundinnen und Freunde,

Neue US-Kriege stoppen – Beihilfe der Bundesregierung beenden

**Man kann nicht umhin, die Zeichen
dieser Zeit zu erkennen.**

**Wer sehen will, der sieht. Und wer
hören will, der hört.**

Wir können nicht umhin, zu erkennen.
Die Welt steht in Brand. Wir leben in
den Zeiten des Krieges. 60 Millionen
Menschen sind weltweit auf der Flucht.
So viele wie noch nie. Allein der
syrische Stellvertreterkrieg hat in den
letzten Jahren 400.000 Menschen das
Leben gekostet. Im Jemen leiden in
Folgen der saudischen Invasion -
unterstützt auch mit deutschen Waffen
- 7 Millionen Menschen Hunger. Eine
ganze Region von Libyen bis
Afghanistan steht in Flammen.

Und als wollten die USA ihren Beitrag
zu diesem Elend weiter erhöhen,
beschloss vor wenigen Tagen, nach
dem Genuss eines
Schokoladenkuchens wie er selbst
prahlte, der neue US-Präsident Trump
einen syrischen Militärflugplatz mit
Marschflugkörpern anzugreifen, unter
dem Vorwand die syrische Regierung
habe von hier aus Giftgas eingesetzt.
Dieser Angriff stellte einen
gravierenden Bruch des Völkerrechts
dar. Beweise oder gar Belege für eine
Urheberschaft des Assad-Regimes
blieb Trump ganz selbstverständlich
schuldig. Dieser Angriff der USA auf

Syrien war nichts anderes als ein
großes Verbrechen. Er reiht sich ein in
die Kriege gegen Jugoslawien 1999
oder den Irak 2003. Und wir erinnern
uns: auch hier wurde, was die
Legitimation des Angriffe anging,
gelogen, dass sich die Balken bogen,
um den Krieg vorbereiten zu können.
Scharpings Hufeisenplan wurde nie
gefunden, ebenso wenig wie die
Massenvernichtungswaffen Saddam
Husseins.

**Wir aber sagen NEIN zu diesen
Kriegslügen. Wir verurteilen den
Angriff des US-Präsidenten. Und wir
erwarten von der deutschen
Bundesregierung, dass sie ebenso
klar und deutlich diese üble Attacke
als Völkerrechtsbruch benennt und
klarstellt, US- oder NATO-
Militärbasen in Deutschland dürfen
für die angekündigten weiteren
Verbrechen des US-Präsidenten
nicht genutzt werden!**

Doch was hat die Bundesregierung
bisher getan? Ganz im Gegensatz zu
einer Verpflichtung auf Grundgesetz
und Völkerrecht, hat sie den Angriff der
USA als „nachvollziehbar“ bezeichnet.
Und hier passte kein Blatt Papier
zwischen Außenminister Sigmar
Gabriel von der SPD und Frau von der
Leyen von der Union. Wer als Minister
Verbrechen als nachvollziehbar oder
als richtig bezeichnet, der sollte seinen
Hut nehmen. Wer als Minister das
Völkerrecht derart mit Füßen tritt, für
den ist der Krieg der Vater aller Dinge,
nicht aber der Frieden. Und wir
verurteilen diese kriminelle Haltung
aufs das Schärfste.

**Wir sagen: Wer seinen Amtseid
auch nur ein Stück weit ernst
nimmt, der darf internationale
Verbrechen nicht als
nachvollziehbar bezeichnen und
unterstützen.**

Und wir müssen wirklich genau hinschauen, um uns weder von der Macht der anderen, noch der eigenen Ohnmacht dumm machen zu lassen.

Wir müssen genau hinschauen, um nicht dem propagandistischen Trommelfeuer zu erliegen. Ich will euch nur zwei Beispiele aus der jüngsten Vergangenheit nennen. In der Sendung Anne Will behauptete die Verteidigungsministerin von der Leyen die UN habe bereits 2013 festgestellt, dass Assad in Syrien Giftgas eingesetzt habe. Diese Aussage blieb vor einem Millionenpublikum unwidersprochen. Doch diese Aussage ist schlicht eine Lüge, wie selbst der Faktencheck der Tagesschau Tage später einräumen musste. Doch wer liest das denn, die Lüge der Verteidigungsministerin bleibt hängen und soll ja die Zuweisung der Verantwortung auch dieses Mal quasi vorwegnehmen.

Der zweite Fall ist der des Nahostexperten Michael Lüders, auf den seit dieser Sendung und Lanz eine regelrechte mediale Hetzjagd eingesetzt hat, wegen angeblicher Falschbehauptungen. Dabei hatte Lüders lediglich darauf hingewiesen, dass die Täterschaft für die Giftgasangriffe in Syrien ungeklärt ist und dass es auch Berichte gäbe, die über Lieferungen von Materialien zur Giftgasherstellung durch den türkischen Geheimdienst an islamistische Terrormilizen in Syrien berichteten. Dabei leistete sich Lüders eine einzige Ungenauigkeit, denn er sagte, dass wegen dieser Berichte auch der ehemalige Chefredakteur der türkischen Zeitung Cumhuriyet vor Gericht gestanden habe. Ich war beim Prozessauftakt dabei: Dündar aber stand vor Gericht wegen des Berichts von Waffenlieferungen des türkischen Geheimdiensts an islamistische Terrormilizen.

Das Portal Correctiv, dass von Facebook für das Aufspüren falscher Nachrichten beauftragt wird, setzte in der Folge, offenbar mit der Absicht den unliebsamen Experten Lüders zu diskreditieren, die Falschmeldung in Umlauf, die Zeitung Can Dündars habe niemals über Giftgaslieferungen berichtet. Dabei konnte sie darauf bauen, dass 95% ihrer Leser des Türkischen nicht mächtig sind und somit diese Fake News von Correctiv nicht überprüfen konnten.

Aber die Zeitung Cumhuriyet allerdings hatte mehrfach nachprüfbar über Lieferungen aus der Türkei für Giftgasproduktion durch islamistische Terrormilizen berichtet. Ich werde die entsprechenden Artikel in Kürze auch in deutscher Übersetzung selbst auf meiner Internetseite dokumentieren. Auch ein Portal, dass für die Korrektur falscher Nachrichten bezahlt wird, sollte doch in der Lage sein, eigene fake news zu korrigieren, auch wenn dies vielleicht nicht im Interesse der Auftraggeber sein sollte.

Wir sehen aber an diesen zwei Beispielen, wie wichtig es ist sich in den Zeiten der Kriegslügen nicht dumm machen zu lassen, um sich Leuten, denen das Lutherwort: „Auf fremden Mannes Arsch reitet sich gut durchs Feuer“ offenbar ein Lebensmotto geworden ist. Leute, denen offenbar jedes Mittel recht ist.

Die Zeiten des Krieges sind auch die Zeiten George Orwells. Das ist der Kern seines Werks 1984. Sie sind die Zeiten der Kriegslügen. Und wie vorgegangen wird, um den Massenmord zu verharmlosen, um ihn eingängig zu machen, sehen wir jetzt, als vor wenigen Tagen die größte nicht-atomare Bombe der Welt von den USA zum ersten Mal abgeworfen wurde. In Afghanistan, angeblich gegen IS-Kämpfer. Wir wissen nicht,

ob das stimmt. Was wir aber wissen und hören ist die liebevolle Benennung dieser Bombe als „Mutter aller Bomben“. Eine Mutter also, eine Liebende fürsorgliche Mutter wurde abgeworfen, die allein dem Namen nach nichts als Fürsorge und Liebe verbreitet. George Orwells Zukunftsroman ist die Gegenwart. Krieg ist Frieden. Tod und Entsetzen sind Liebe und Fürsorge.

Und gegen diese unerträglichen Verharmlosungen stehen wir heute hier, gegen diese elenden Beschönigungen sagen wir heute hier: Nie Wieder! Wir wollen keinen Krieg!

Wir sagen der Einsatz dieses Massenvernichtungsmittels ist nichts als schnöder Massenmord durch den US-Präsidenten Trump. Sagte ich Massenmord? Ja richtig Massenmord! Und die Bundesregierung leistet hier auch noch Beihilfe, indem sie die US-Basen hier offenhält, über die der Nachschub läuft und sich am Krieg in Afghanistan beteiligt. **Und wir wollen, dass diese Beihilfe zum Massenmord endlich beendet wird. Wir wollen die Schließung der US-Basen hier in Deutschland! Wir wollen, dass die Bundeswehr endlich aus den Auslandseinsätzen zurückholt wird, ob in Mali, Syrien oder Afghanistan.**

Oft wird ja um die Auslandseinsätze der Bundeswehr zu rechtfertigen, darauf verwiesen, es handele sich dabei um humanitäre Interventionen, also den Einsatz von Militär zu humanitären Zwecken. Das ist, wenn man so will, die säkulare Variante des früher auch in Europa religiös verbrämten gerechten Krieges, der sich die Bundesregierung aus Union und SPD verpflichtet fühlt. Lassen wir einmal das Argument außer Acht, das Bomben selbstverständlich keinen

Frieden schaffen, sondern lediglich den Nährboden für den Terror befruchten. Aber wenn wir die Bundesregierung einmal ernst nehmen, mit ihrer Verpflichtung auf humanitäre Interventionen, dann frage ich mich, warum diese Bundesregierung angesichts der schlimmsten Hungerkrise in vier Ländern auf der arabischen Halbinsel und in Afrika, Nigeria, Südsudan, Somalia und Jemen, von der rund 20 Millionen Menschen betroffen sind, allein im Südsudan akut 100.000 vor dem Hungertod stehen, nicht einmal bereit ist, die Bitten der UN für die humanitäre Soforthilfe zu erfüllen, damit nicht hunderttausende Menschen bis zum Sommer dort verhungern. Warum tut die Bundesregierung dies nicht? Warum ist sie nicht bereit, diese Menschenleben zu retten? Warum lässt sie die Menschen dort einfach sterben? Warum schaut sie zu? Warum ist ihr dies keine humanitäre Intervention wert?

Schaut die Bundesregierung hier etwa zu, weil sich mit der Hungerhilfe nicht die Profite deutscher Rüstungskonzerne mästen lassen? Schaut die Bundesregierung hier zu, weil sich mit der Hungerhilfe keine globale Machtprojektion zur Erleichterung von Rohstoffzugängen und Marktöffnungen in die Wege leiten lässt? Schaut die Bundesregierung zu, weil sich mit der Hungerhilfe eben kein Regime-Change zur Beseitigung unliebsamer Regierungen machen lässt?

Wir wissen es nicht, aber ich glaube wir können sagen, es gibt starke Indizien dafür, dass dem so ist.

Um hunderttausende von Menschen vor dem Hungertod zu retten, ist kein Geld da, ebenso wenig wie für die Wiederherstellung des Sozialstaats, für

sichere Renten und gute Löhne. Dafür ist ja auch kein Geld da. Wofür die Koalition allerdings Geld hat, ist eine Erhöhung des Rüstungshaushalts. Ja dafür ist Geld da. SPD und Union erhöhen die Ausgaben für Militär und Rüstung um sage und schreibe 8% auf 37 Milliarden Euro. Das soll nun jedes Jahr so weitergehen. Und ich finde das angesichts der Hungerkrise und der fehlenden Mittel für soziale Sicherheit ungeheuerlich. Wer so handelt, handelt nicht nur verantwortungslos, nein der weiß, dass seine Politik das Leben vieler Menschen kosten wird.

Und es ist doch perfide, dass SPD und Union zugesagt haben, den Wünschen der NATO nachzukommen und die Rüstungsausgaben auf 2% des Bruttoinlandsprodukts zu erhöhen. Das wäre dann fast eine Verdoppelung auf insgesamt 63 Milliarden Euro. Und wenn ich jetzt von Sigmar Gabriel höre, dass wäre jetzt doch etwas viel, man wisse dann gar nicht mit den ganzen Rüstungsgütern wohin, dann kommt einem doch in den Sinn, das in wenigen Monaten Bundestagswahl ist und dass sich eine Verdoppelung der Rüstungsausgaben nicht so gut macht. Aber allein, dass man jetzt einen Rüstungswettlauf in Europa beginnt, ist einfach nicht zu fassen. Der Friedensnobelpreisträger Willy Brandt würde sich im Grabe umdrehen.

Und ich finde das muss sofort aufhören. Wir brauchen Abrüstung statt Aufrüstung! Wir brauchen soziale Sicherheit und humanitäre Hilfe statt Kriegstreiberei und volle Auftragsbücher für deutsche Rüstungskonzerne.

2017 stehen wir mitten in einem neuen Kalten Krieg. Und die Bundesregierung will offenbar ihren Anteil leisten, mit einem Rüstungswettlauf um Russland totzurüsten, um der Gefahr aus Moskau für die NATO zu begegnen.

Das ist nachgerade aberwitzig. Die Militärausgaben der NATO liegen beim 13 fachen der russischen Ausgaben. Allein die USA geben jährlich 600 Milliarden Dollar für Rüstung aus. Und die Bundesregierung hat jetzt auch noch zugesagt, zusätzlich zu den massiven von US-Präsident Trump angekündigten Erhöhungen des US-Militärhaushalts, ein Ziel anzustreben, dass Oberhalb der russischen Rüstungsausgaben liegt. **Das muss man klar und deutlich benennen, als das was es ist, das ist Kriegstreiberei.**

Und man muss wahrlich kein Freund der russischen Außenpolitik sein oder des russischen Präsidenten Wladimir Putins, dass es nicht Russland war, wie einige so gern behaupten, das an die NATO herangerückt ist, sondern die NATO durch kontinuierliche Erweiterungen an Russland herangerückt ist. Und es ist ein friedenspolitischer Offenbarungseid dieser Bundesregierung, dass jetzt 65 Jahre nachdem Überfall Nazideutschland auf die Sowjetunion, deutsche Soldaten an der russischen Westgrenze stehen. **Das ist geschichtsvergessen und trägt lediglich zu einer weiteren Eskalation bei.**

In der heutigen Zeit ist es angesichts der US-Aggression und der Beihilfe der Bundesregierung nicht übertrieben, von einer wachsenden Weltkriegsgefahr zu sprechen. Man muss sich nur einmal vorstellen, beim nächsten Raketenanschlag Trumps werden auch russische Soldaten in Syrien getroffen oder Trump setzt seine Pläne für einen Präventivkrieg gegen Nordkorea um.

Der kategorische Imperativ dieser Zeit ist: Wer den großen Krieg verhindern will, der muss den Kriegstreibern im eigenen Land in

den Arm fallen. Wir dürfen die Trumps und ihre Helfershelfer mit ihren mörderischen Kriegsszenarien nicht durchkommen lassen! Die Kriege Trumps und seiner Oligarchen-Clique sind schlicht imperialistische Interessendurchsetzung. Sie zielen letztendlich darauf, für Großkonzerne den Zugang zu billigen Rohstoffen und besten Verwertungsbedingungen zu garantieren. Darum geht es und um nichts anderes!

Die NATO aber, in der diese imperialistischen Interessen ausgeglichen und gebündelt werden sollen, ist nicht nur ein Kriegsführungsbündnis. Es ist auch ein Militärpakt, der nie ein Problem damit hatte Diktaturen in seinen Reihen zu wissen. Aktuell ist es die Türkei. Erdogan will mit dem Referendum, das morgen stattfindet, seine Diktatur legalisieren. Der Ausnahmezustand soll zum Normalzustand werden. Um eine Mehrheit für das Ja zu erreichen, ist ihm nahezu jede Manipulation recht. Die Nato hat hingegen es nicht einmal für nötig befunden, Erdogans permanentem Putsch auch nur mit einer Sitzung in Brüssel zu begegnen. Zu wichtig ist Ankara und Erdogan für eine Politik des Regime Changes in Syrien und um Syrien für Russland in das Afghanistan der Sowjetunion verwandeln zu können. Jahrelang blickte man vornehm weg, denn über die Türkei lief die Bewaffnung der islamistischen Terrormilizen. Doch nicht nur in Brüssel unterstützte man Erdogan weidlich, auch Berlin wollte nicht zurückstehen.

Vor entscheidenden Abstimmungen konnte sich Erdogan wie jetzt im Februar sicher sein, dass ein Besuch der Kanzlerin ihn entsprechend aufwerten würde und alle Zweifel zu zerstreuen, es handle sich bei hunderttausend Entlassenen und

zahnlosen Verhafteten um mehr als ein Kavaliersdelikt.

Ich finde diese Kumpanei unerträglich. Auf die seufzende Frage man könne nichts tun gibt es unmissverständliche Antworten: 1. Der Beitrittsprozess muss gestoppt werden, damit auch die 630 Millionen Euro an Vorbeitrittshilfen für Erdogan eingefroren werden können. 2. Die Bundeswehr muss raus. Die Unterstützung über die Stationierung in Konya und Incirlik ist mehr als perfide. 3. Die Pläne die Zollunion zu erweitern, um Erdogan ökonomisch zu retten, müssen auf Eis gelegt werden.

Allen voran aber muss die Bundesregierung die Rüstungsexporte stoppen! Ich frage mich, warum geht das Gros der Rüstungslieferungen weiter, obwohl diese Waffen in Erdogans Krieg gegen die Kurden in der gesamten Region verwendet werden und die Bundesregierung auf unsere Anfragen hin nicht einmal ausschließen kann, dass damit islamistische Terrormilizen in Syrien aufmunitioniert werden.

Und wir sind hier in Düsseldorf. Hier ist der Sitz der Rüstungsschmiede Rheinmetall. Und die Bundesregierung stoppt nicht die geplante Beteiligung von Rheinmetall an einer Panzerfabrik in der Türkei nicht einmal in diesen Zeiten. Ich finde anders als die Bundesregierung brauchen wir keinen Pakt mit Erdogan, wir brauchen einen Pakt mit der Opposition in der Türkei, einen Pakt mit den politisch Verfolgten, die sich dieser Diktatur, die sich denjenigen, die die Türkei in einen islamistischen Unterdrückungsstaat verwandeln wollen, mutig entgegenstellen und Nein sagen!

Unsere Solidarität muss konkret sein, Stoppen wird den Merkel-Erdogan-Pakt! Stoppen wir die

Rüstungsschmiede Rheinmetall bei ihren Plänen für die Produktion von Panzern in der Türkei, von denen wir sicher sein können, dass damit nur wenig später die Al-Kaida-Schergen in Syrien herumfahren werden!

Sevim Dagdelen ist Abgeordnete des Deutschen Bundestag für die Partei Die Linke.

Ulrich Sander, Gelsenkirchen

Redebeitrag von Ulrich Sander (VVN-BdA) für den Ostermarsch Ruhr in Gelsenkirchen am 16. April 2017

Liebe Friedensfreundinnen und
Friedensfreunde,

„schon einmal hat man dem deutschen Volk den Vorwurf gemacht, geschwiegen zu haben, wo mutige Worte und Taten notwendig waren. In den Konzentrationslagern – wie Bergen-Belsen – kamen Millionen Menschen ums Leben. Bei Fortsetzung der Versuchsexplosionen und der atomaren Aufrüstung aber drohen der gesamten Menschheit Vernichtung. Dieser Gefahr gilt es durch eine unüberhörbare, totale Absage an alle Atomkriegs-Vorbereitungen in Ost und West zu begegnen.“

So lautete der Aufruf zum ersten deutschen Ostermarsch der Atomwaffengegner, der vor 1960 von Hamburg zum Raketenübungsplatz bei Bergen-Belsen führte. Ich war einer der Mitorganisatoren. Ich freue mich, heute hier sprechen zu dürfen. Der Ostermarsch war immer ein Marsch für den Frieden, wie einer fürs Gedenken an die Opfer des Faschismus und des Krieges, so wie heute auch an dieser Gedenkstätte. Wir ehren hier die unzähligen Opfer, und bekräftigen: Nie wieder!

Unser Ostermarsch hat sich stets vor allem an die Verantwortlichen im eigenen Land gewandt und die Verantwortung von uns Deutsche betont. Angesichts der heutigen Regierungspolitik mit dem Plan, die Rüstung zu verdoppeln, um Deutschlands führende Rolle zu

betonen und die EU zur von Deutschland dominierten Militärmacht umzubauen, sagen wir: Die deutschen Großmachtträume platzen lassen!

Nach der Befreiung von Krieg und Faschismus im Mai 1945 wurde das Völkerrecht neu geschrieben. Es gilt noch heute – wird aber ständig gebrochen, wie jetzt mit US-Marschflugkörpern, die in Syrien einschlugen. Ein unaufgeklärtes abscheuliches Kriegsverbrechen wurde genutzt als Vorwand zur abscheulichen gefährlichen Eskalation.

Diese ungeheure gefährliche Eskalation des Krieges wurde von der Kanzlerin und dem Außenminister wie der Verteidigungsministerin begrüßt.

Ist das gemeint, wenn die Kanzlerin von der Beseitigung der Fluchtursachen spricht? Die Hauptursache für die Flüchtlingsströme - das sind die Kriege. Und nun wird sich das Leid und die Zahl der Flüchtlinge vergrößern, wie die Bereitschaft zur Hilfe durch das offizielle Deutschland und durch die EU immer mehr abnimmt. Das ist äußerst bedauerlich.

Frau Merkels Zustimmung zu Marschflugkörpern ist nicht neu. Heute knüpft sie an ihr kriegerisches Konzept an, das sie auf der Münchner sog. Sicherheitskonferenz im Jahr 2004 verkündete:

“Um die Politik anderer Nationen zu beeinflussen, um den Interessen und Werten der eigenen Nation zu dienen, müssen alle Mittel in Betracht gezogen werden, von freundlichen Worten bis zu Marschflugkörpern.“

Bundesregierung und Bundespräsident erzählen der Öffentlichkeit, dass die Politik des amerikanischen Präsidenten Trump größere

Anstrengungen Europas – und besonders Deutschlands – für die “Sicherheit” erfordert. Die Menschen sollen denken, die Regierung sei besorgt wegen der abenteuerlichen Politik Trumps. Das trifft aber nicht zu. Trumps Forderung nach mehr Rüstung der europäischen NATO-Staaten, wird als Steilvorlage angesehen, um die bereits im 2016 vorgestellten “Weißbuch” der Bundeswehr angekündigten umfassenden Aufrüstungsprojekte der Großen Koalition offensiv umzusetzen. Beide Bundespräsidenten, der alte wie der neue, forderten, dass Deutschland “größere Verantwortung” für die militärische Stärke des Westens übernimmt. Das bedeutet Krieg.

1945/46 als das neue Völkerrecht geschrieben wurde, hieß es: Wir wollen den „Aufbau einer Welt des Friedens und der Freiheit“, wie es im Schwur von Buchenwald hieß, und wir wollen die Verpflichtung Deutschlands zum Frieden, denn in der völkerrechtlichen Festlegung der Potsdamer Konferenz der alliierten Siegermächte heißt es: „Es ist unser unbeugsamer Wille, den deutschen Militarismus und Nationalsozialismus zu zerstören und dafür Sorge zu tragen, dass Deutschland nie wieder imstande ist, den Weltfrieden zu stören.“

Die politische Entwicklung muss uns alle zum Handeln, zum Widerstand gegen Kriegsbeteiligung und weitere Aufrüstung veranlassen.

Auch die innenpolitische Entwicklung ist alarmierend. Mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zugunsten der klar als faschistisch erkannten NPD haben wir eine faktische Legalisierung einer NSDAP-Nachfolgepartei. Mit dem Spruch von Karlsruhe wird den braunen Schlägern und Brandstiftern viel Ermunterung

zuteil. Mit den Bewegungen wie Pegida und AfD haben wir eine massenhafte Entwicklung hin zu einer den Faschismus unterstützenden Tendenz. So etwas gab es auch in den zwanziger Jahren, und 1933 bildete Hitler dann seine Regierung zusammen mit nur drei Nazis und acht Ministern aus völkisch-konservativen Kreisen.

Jetzt lese ich in der „Welt“, man müsse Frau Petrys Strömung in der AfD stützen, dann könne diese bei künftigen Koalitionen mitwirken. Nächste Woche wollen Antifaschisten, Demokraten und Antirassisten in Köln massenhaft gegen den AfD-Parteitag gehen – wir sollten diesen Protest unterstützen.

Wir befinden uns in der Zeit des Wahlkampfes zum Landtag in Düsseldorf. Das Schweigen über die Tatsache, dass NRW zum hauptsächlichen Aufmarschgebiet für sehr aktuell drohende Kriege gemacht wird, ist im Wahlkampf und darüber hinaus zu brechen.

Auch in NRW, in Kalkar und Uedem am Niederrhein werden die Cyber- und Drohnenkriege geplant. Eine neue Teilstreitkraft soll es ermöglichen, Kriege zu führen und zu gewinnen – so ein ehemalige Nato-Kommandeurs aus USA, Breedlove.

Kalkar ist ein gefährlicher Ort. Aber auch die anderen militärischen Einrichtungen in NRW, so die in Münster und Dülmen. Von Münster sind tausend deutsche Soldaten und Soldaten anderer NATO-Staaten unter deutscher Führung nach Litauen geschickt worden, ran an die russische Grenze. „Speerspitze“ nennt sich das. Dort wurden sie vom Oberbefehlshaber der streng auf Kalten Krieg und Feindschaft gegen Russland ausgerichteten litauischen

Armee mit den Worten empfangen:
„Wir schaffen jetzt die Strukturen für
die Zeit des Krieges.“

Wir sagen: Wir wollen keine Strukturen
des Krieges. Die NATO-Einrichtungen
in Nordrhein-Westfalen sind zu
beseitigen. Dafür sollten sich die
Landtagsabgeordneten einsetzen. Wir
regen an, sich in der Arbeit für den
Frieden an unserer Landesverfassung
zu orientieren. Artikel 7 der
Landesverfassung verlangt die
Erziehung „zur Völkergemeinschaft
und zur Friedensgesinnung“. Deshalb:
Der Kooperationsvertrag der
Landesregierung mit der Bundeswehr
muss gekündigt werden. Die
Bundeswehr soll auch nicht in
Hochschulen, Schulen,
Arbeitsagenturen, Ausbildungsmessen
und Jobcentern werben dürfen.
Forschung an Hochschulen zu
Rüstungszwecken ist zu verbieten,
Zivilklauseln an allen
Bildungseinrichtungen sind verbindlich
einzuführen.

Zu diesen Wahlen verlangen wir, dass
die Verfassung ernst genommen wird.
Artikel 26 und 27 der NRW-
Landesverfassung gebieten die
Entmachtung der
marktbeherrschenden Konzerne. Auf
der Grundlage dieser Artikel müssen
Betriebe wie z.B. Thyssen-Krupp oder
Rheinmetall vergesellschaftet werden,
um damit ihr kriegerisches Wirken als
Rüstungskonzern zu beenden. Ganz
aktuell ist an die IG Farben Nachfolger
zu erinnern. So hat Bayer einen
Teufelspakt mit einem Konzern der
USA, Monsanto, der mit Gefährdung
von Umwelt und Gesundheit der
Menschen bekannt wurde,
geschlossen. Derselbe Bayerkonzern
hat sich mit einer großen Spende am
Wahlkampf für den erzreaktionären
Donald Trump in den USA beteiligt.

Vor einem Jahr hat unser Freund Knut
Maßmann hier an dieser Stelle die
Tatsache verurteilt, dass ein
Kriegerdenkmal aus der Nazizeit,
aufgebaut vor dem Schalker Verein,
nun einen neuen Platz auf jenem
Gelände gefunden hat. Man hätte
jedoch das Nazi-Schwert verschrotten
sollen. Aber Denkmale für den Krieg
werden bewahrt: Hingegen droht der
Schwur von Buchenwald, dieses
geistige Denkmal und große
antifaschistische Kulturerbe,
geschreddert zu werden. Dieser
Schwur wurde nun von einem
„Verfassungsschutzverbund“ des
Bundes und der Länder als
verfassungsfeindlich und Ausdruck der
„kommunistischen
Faschismusdefinition“ eingestuft.

Den Kampf erst einzustellen, wenn
auch der letzte Schuldige vor den
Richtern der Völker steht! Und den
Nazismus mit seinen Wurzeln zu
vernichten! Dazu riefen im April 1945
die überlebenden Widerstandskämpfer
mit ihrem Schwur von Buchenwald auf.
Dazu ist noch viel zu tun. Die
Rüstungsindustrie, die Thyssen-Krupp,
die Rheinmetall und andere sind
wieder ganz groß im Geschäft wie
einst, als sie sich mit Hitler verbänden
und dann reicher aus dem Krieg
herauskamen als sie hineingingen.

Sie verbünden sich wieder mit
grausamen Diktaturen, denen sie, wie
z.B. Saudi-Arabien, die Waffen liefern.
Am 9. Mai wird in Berlin die
Hauptversammlung von Rheinmetall
stattfinden. Die Friedensbewegung ruft
zum Protest.

Es ist viel zu tun! Wir wollen alle
Rassisten stoppen, vor allem die AfD.

Wir fordern zumindest das Einfrieren
des Rüstungshaushalts und die
Beendigung aller Auslandseinsätze.

Wir fordern Solidarität mit den
Flüchtlingen, die zu uns kommen
wollen. Stoppt die Abschiebungen,
Refugees are welcome!

NEIN zum deutschen Streben nach
militärischer Führung - Deutsche
Großmachträume platzen lassen!

*Ulrich Sander ist Bundessprecher der
VVN-BdA.*

Anne Sandner, Bochum

Redebeitrag von Anne Sandner (DGB) für den Ostermarsch Ruhr in Bochum-Werne am 17. April 2017

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,
liebe Friedensliebende,

vielen Dank, dass ich als DGB
Gewerkschaftssekretärin und als eine
der „Gewerkschafterinnen für Frieden
und Solidarität“ am Ostermontag zum
Auftakt zu euch sprechen darf.

Gewerkschaften und Frieden da gab
es mal eine Zeit, wo beides enger
zusammen gehörte. Auch waren viele
Gewerkschafter beim Schwur von
Buchenwald dabei, wo es im letzten
Satz heißt: *„Der Aufbau einer neuen
Welt des Friedens und der Freiheit ist
unser Ziel.“*

Mit dieser Grundhaltung sahen sich
nach dem Ende des Zweiten
Weltkriegs die wiedergegründeten
freien Gewerkschaften im DGB
deshalb dem Einsatz für den Frieden
und dem Kampf gegen Rassismus,
Antisemitismus und Faschismus
besonders verpflichtet. Im Rahmen
eines Antikriegstages mit der
Überschrift „Nie wieder Krieg“ wurde
auf Initiative des DGB erstmalig am 1.
September 1957, des Jahrestags des
Überfalls der deutschen Wehrmacht
auf Polen von 1939 und damit des
Beginns des Zweiten Weltkriegs
gedacht.

Trotz Beschlusses auf der obersten
Ebene ist dieser Tag für viele
Gewerkschafter und Beschäftigte an
vielen Orten gerade mal eine
Randerscheinung und wurde im Laufe

der Zeit als Aufgabe an die
DGBJugend abgeben.

Die Initiative GfFS hat sich 2015
gegründet und hat sich u.a.
vorgenommen, die Themen Frieden,
Abrüstung und Rüstungskonversion
wieder stärker in den
Gewerkschaftsdebatten intern aber
auch als gesellschaftliche Aufgabe in
den Fokus zu rücken. Das ist kein
Selbstläufer, deshalb müssen wir dran
bleiben und hoffen so immer größere
Kreise zu ziehen.

Ich bin in einer Welt groß geworden, in
der der Frieden hier vor meiner
Haustür selbstverständlich ist und lebte
in dem Selbstverständnis, dass von
deutschen Boden nie wieder Krieg
ausgehen darf. Verpasst habe ich die
Diskussion um die Wiedereinführung
der allgemeinen Wehrpflicht in der
Bundesrepublik. Vor ziemlich genau 60
Jahren, am 1. April 1957 rückten die
ersten 10.000 Wehrdienstleistenden in
die Kasernen ein. Mir wäre es lieber,
wenn wir gar keine Armee hätten (die
Deutschen haben da ja in der
Geschichte noch nie gute Rollen
gespielt), aber wenn Politik glaubt, eine
Armee zur Verteidigung haben zu
müssen, dann bitte mit einer
allgemeinen Wehrpflicht. Denn eine
Söldnerarmee (was die BW heute ist)
in einem Apparat, der gerade mal
durch eine Ministerin kontrolliert wird,
entwickelt sich zu einem „Staat im
Staate“, verfolgt eigene Interessen und
ist abgekoppelt von der
gesellschaftlichen Kontrolle. Auch das
hatten wir schon mal !(!)

Auch wenn ich als Mutter von 3
Söhnen froh war, dass diese
allgemeine Wehrpflicht ausgesetzt ist,
hat das zu Folge, dass nun gar keine
Auseinandersetzung um die Rolle der
Bundeswehr stattfindet. Mir wäre es
lieber gewesen, meine Kinder und ihre
Kumpels und auch Kumpellinen hätten

um ihre Position ringen müssen, ob sie den Wehrdienst verrichten oder aber lieber eine soziale Aufgabe übernehmen wollen. Nicht, weil ich der Meinung bin, dass der Ersatzdienst ein guter preiswerter Dienstleister ist, sondern weil auf diese Weise bei jungen Menschen das Bewusstsein für das Zusammenleben und das solidarische Funktionieren einer Gesellschaft näher gebracht werden könnte. Nachdem den Kindern der Staat eine Schulausbildung ermöglicht hat, ist dieses Jahr auch eine Form, etwas der Gesellschaft zurückzugeben. (Aktuell hat sich das freiwillige soziale Jahr zu einer Auszeit nach der anstrengenden Gymnasialzeit in Form einer Weltreise für Kinder wohlhabenderer Eltern entwickelt)

Bei einer allgemeinen Wehrpflicht wird auch das „Werben fürs Sterben“ an den Schulen überflüssig. Die Rolle der Bundeswehr bei Auslandseinsätzen, die übrigens dem widerspricht, was die Gründungsväter eigentlich versprochen haben, würde eine breitere gesellschaftliche Debatte auslösen.

Denn so bleibt der fade Beigeschmack: „Die haben sich doch für den Dienst freiwillig gemeldet und hätten das doch wissen müssen“. Doch ich glaube **nicht**, dass Auszubildende z.B. als Bürokaufleute bei der Bundeswehr sich darüber im Klaren waren, dass sie im Laufe ihrer Verpflichtungszeit als Soldat ihre Waffe auf Menschen richten müssen. Die Bundeswehr ist **kein** Arbeitgeber wie jeder andere und deshalb muss die Werbung von geschulten Personal in den Klassen und von bunten Trucks mit flimmernden Videoshows und -spielen auf Berufsmessen verboten werden.

Auch Rüstungskonzerne sind keine Arbeitgeber wie andere auch. Da bekommt der Spruch „sozial ist, was

Arbeit schafft“ eine noch sarkastischere Note. Ich bin sowieso nicht der Meinung, dass „Hauptsache man hat Arbeit“, der richtige Ansatz ist, das würde selbst Sklavenhalter zu sozialen Wesen erklären. Auf der anderen Seite sollten auch die Produkte sozial sein. Sie müssten den gesellschaftlichen Bedarfen, was Nutzen, Ressourcenverbrauch und ökologische Ansprüche betrifft, gerecht werden. Die Entwicklung und Produktion von Rüstungsgütern ist asozial. Um es klar zu stellen, nicht die Beschäftigten, die dort mir ihrer Arbeit sich und ihren Familien ein auskömmliches Leben ermöglichen, sind asozial. Sie können sich nur mit ihrer Arbeitskraft ernähren, über das Endprodukt entscheiden sie nicht mit.

Deshalb sind die Rüstungskonzerne und vor allem die Politik, die diesen Unternehmen ihre Produkte abkaufen, die Adressaten der Botschaft: Wir wollen und brauchen keine Industrie für Rüstungsgüter!! (weder für Waffen noch für anderes Militärzeugs) .

Und Waffen, die erstmal gebaut wurden, werden auch irgendwann eingesetzt, manchmal auch Jahre später, wenn es dem aktuellen politischen Bestimmer beliebt (s. Trump gerade in Afghanistan). Im Bundeshaushalt 2017 ist die Verteidigung mit 11% der 2.größte Posten nach Arbeit und Soziales. Bildung und Forschung, die vielbeschworene Zukunft unserer Landes bekommt mit 4,6 % gerade mal weniger als die Hälfte und steht an 5. Stelle des Staatshaushaltes. Der Verteidigungshaushalt ist größer als der für Justiz/Verbraucherschutz, Auswärtiges, Bildung und Forschung, Umwelt und Bau, sowie Entwicklungszusammenarbeit zusammen.

Trotz dieses enormen Volumens geben wir damit aber aktuell ca. 1,2% des BiP für Rüstung aus. Doch hat sich die Nato gerade auf Steigerung der Ausgaben in Höhe von 2% verständigt. (Die Rüstungsindustrie hat bei dem Beschluss sicherlich die Korken knallen lassen.) Das würde aber für Deutschland heißen, wir müssten unsere Ausgaben in diesem Posten nahezu auf ca.60 Mrd. € verdoppeln. Was das in einem Haushalt der Schwarzen Null, (dessen Unsinn ich hier und heute nicht weiter kommentieren möchte), bedeutet, ist klar: andere Posten werden gekürzt werden.

Wenn die neoliberale Ausrichtung unserer Politik nicht bald gestoppt wird, ist relativ klar, worauf das hinaus läuft. Die politisch gewollte Ruinierung des Sozialstaates wird weiter fortgesetzt, jede und jeder von uns soll sich noch mehr individuell absichern, wenn man oder frau es sich denn leisten kann (und das freut nebenbei die Versicherungskonzerne).

Das führt zu einer noch größeren Spaltung unserer Gesellschaft, die selbst der geschönte Armutsbericht (über Reichtum weiß man in unserem Lande ja kurioserweise kaum etwas) zugeben muss.

Doch nicht nur für unser Land wirkt diese Entscheidung. Die Rüstungsspirale ist damit weltweit wieder in Gang gesetzt (auch wenn Russland sein riesiges Militärbudget gerade um 7% gekürzt hat, was in unseren Medien gar nicht berichtet wird - passt wohl nicht in die aktuellen Szenarien).

Der Waffenhandel erreicht in 2016 sein größtes Volumen seit 1990. (Die gerade einmal 20.000 Arbeitsplätze direkt in den Rüstungsfirmen können da kein Argument sein, die haben wir

in der Steinkohle seit 2008 um es mit den Worten unserer Kanzlerin zu sagen „alternativlos“ abgebaut).

Deutschland nimmt als Waffenexporteur immer einen der vorderen Plätze ein und exportiert u.a. in Länder der Krisenregion im Nahen Osten, wie z.B. arabischen Emirate, Saudi-Arabien, Israel und hält so direkt oder über Umwege das Feuer der Kriege dort am Lodern.

Wenn dann nun Menschen aus den Krisenregionen dieser Welt vor Hunger, Krieg, Zerstörung, einem würdelosen Leben fliehen und es über die Hohen Mauern und Zäune und tiefen Wellen des Mittelmeeres zu uns schaffen, wagen wir zu behaupten, dass unser Boot voll ist. Die Rolle der Medien in diesem Zusammenhang, die uns Bilder aus den Fluchtländern und übervollen Booten und schwimmenden Leichen vorenthalten, dafür aber uns mit Umfragen und Statistiken über Angst vor Terror und Sorge um Sicherheit in Deutschland zumüllen, ist anderer Aspekt, den es ausführlicher in unserer sogenannten freien Pressewelt zu diskutieren gilt.

Es ist aber trotzdem irgendwie schon nachvollziehbar, dass diejenigen, die sich in unserer Gesellschaft abgehängt fühlen und davor Angst haben, dass sie immer weniger statt mehr bekommen, wenn der Sozialstaat immer weiter zurückgefahren wird, nach Ventilen suchen. Diese soziale Spaltung unserer Gesellschaft ist der Nährboden für ein vergiftetes Klima, für Neiddebatten und damit für die Rechtspopulisten.

Deshalb ist es wichtiger denn je auf den Ostermärschen für den Frieden, aber auch für eine andere neue Politik aktiv zu sein, die ich abschließend in 6 Punkten nur kurz skizzieren möchte.

1. Die Verteidigung demokratischer Rechte und sozialer Errungenschaften ist und bleibt eine ständige Aufgabe. Dies gilt erst recht in einer Zeit, in der wirtschaftliche Interessen vorrangig behandelt werden und eine kleine Elite ihre kaum zu kontrollierende politische Macht rücksichtslos zur Durchsetzung ihrer Interessen nutzt. Während die Kluft zwischen Arm und Reich unsere Gesellschaft immer stärker spaltet und Demokratie und Frieden bedroht.
2. Wir müssen gemeinsam „klare Kante“ gegen Rechts zeigen. Wir wissen: Agenda 2010 und Hartz-IV, ein ausufernder Niedriglohnsektor, zunehmende befristete Arbeitsverhältnisse, Leiharbeit und Werkverträge schüren bei den Menschen berechnete Abstiegsängste. Es sind die völkischen Nationalisten und Rassisten der AfD, die versuchen die Wut und Ängste der Menschen für ihre soziale Demagogie und Fremdenhass zu nutzen.
3. Wir brauchen deshalb eine Politik, die bewusst und konsequent Partei für die arbeitenden Menschen ergreift, die das Thema "Soziale Gerechtigkeit" ehrlich und nicht als Phrase wieder in den Mittelpunkt stellt. Wir brauchen deshalb einen Politikwechsel: Eine Abkehr von der Agenda 2010- Politik und eine grundlegende Korrektur der Hartz IV- Gesetzgebung. Leih- und Werkvertragsarbeit sowie befristete Arbeitsverträge müssen eingeschränkt werden. Die Löhne müssen vor allem im unteren Bereich steigen und der Sinkflug der Renten muss gestoppt und umgekehrt werden. Nur so kann Altersarmut verhindert werden.
4. Unsere Solidarität mit den Menschen in den südeuropäischen Ländern muss in unserem eigenen Interesse dazu beitragen den wirtschaftlichen und sozialen Verfall in ihren Ländern zu verhindern. Wir müssen für gleiche Lebensverhältnisse in Europa streiten. Wir brauchen eine Erneuerung und Demokratisierung Europas, dürfen dabei aber den Rest der Welt nicht aus dem Blick verlieren.
5. Die regionalen Kriege im Nahen- und Mittleren Osten bzw. in Afrika sind eine wesentliche Ursache für millionenfache Flucht und menschliches Elend. Wir müssen den geflüchteten Menschen mit Würde begegnen, ihnen Schutz gewähren und ihnen eine Zukunftsperspektive eröffnen.
6. Wir brauchen Initiativen für eine neue Abrüstungs- und Entspannungspolitik in Europa und weltweit. Wir brauchen eine zivile Konfliktbewältigung und keine Terrorszenarien, die das gesellschaftliche Klima vergiften und den Boden für Rechtspopulisten bereiten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Freunde,

Ich will nicht, dass von deutschem Boden wieder Krieg ausgeht, weder in Form von Exportgüter noch mit einem Einsatz unserer Bundeswehr. Deshalb lasst uns heute gemeinsam gehen:
 Gemeinsam für den Frieden! -
 Gemeinsam gegen Rechts! –
 Gemeinsam für soziale Gerechtigkeit!

Als GewerkschafterInnen für Frieden und Solidarität mobilisieren wir für einen Aufbruch im Ruhrgebiet. Seid auch dabei, wenn wir bei der Demonstration und Kundgebung am 6.Mai in Bochum gemeinsam klare Kante zeigen!

Aktiv gegen Rechts und Rassismus.
Aktiv für Demokratie, für ein soziales Deutschland und für ein soziales und gerechtes Europa!

Glück auf!

Anne Sandner ist DGB-Gewerkschafts-Sekretärin und Verantwortliche in der Gewerkschaftsinitiative für Frieden und Solidarität.

Friedrich Fuß, Dortmund Dorstfeld

Redebeitrag von Friedrich Fuß (Bezirksbürgermeister Do- Innenstadt-West) für den Ostermarsch Ruhr in Dortmund am 17. April 2017

Liebe Ostermarschmarschiererinnen
und Ostermarschmarschierer,

mein Motto dieser Rede ist: Der Stoff
hat die Farbe des Garns.

Als Bezirksbürgermeister begrüße ich
Sie im dem Stadtteil Innenstadt West
Ortsteil Dorstfeld von ganzen Herzen.
Ich selber habe in den achtziger
Jahren an vielen Ostermärschen und
am Frauenfriedensmarsch von
Dortmund nach Brüssel teilgenommen.

Ich erinnere mich an die Themen
Nachrüstung, Cruisemissile
Marschflugkörper und und und. Und
diese unds sind es, warum es diesen
Ostermarsch weiterhin geben muss.
Die Waffen haben andere Namen und
sind mit diesen anderen
Bezeichnungen hauptsächlich noch
schrecklicher geworden als die der
achtziger.

Es gibt seit neuestem eine
Cybereinheit, der Schrecken wird am
PC verbreitet. Wundert es uns, ist die
Welt jetzt sicherer oder gar unsicherer
geworden? Jede neue Waffe, birgt
eine andere Gegenwaffe in sich, nur
das Abrüsten sichert Frieden. Abrüsten
aller Angriffswaffen wäre die Losung.

Selbstverständlich hat jeder Staat das
Recht auf Verteidigung, in seinem
Land. Am Hindukusch wird keine
Demokratie verteidigt und schon gar
nicht unsere.

Meine Damen und Herren, liebe
Freundinnen und Freunde,

das übergeordnete Ziel des
Friedenschaffens – das wichtigste Ziel
ohne Zweifel – tritt hier in Dorstfeld
etwas hinter der politischen Realität
zurück.

Hier findet ein politischer Diskurs nicht
statt, kann nicht stattfinden, denn mit
menschenverachtenden Idealen und
Vorstellungen kann man keinen
Diskurs führen.

Ich war entsetzt als ich das Wahlplakat
der Rechten gesehen habe, ich habe
meinen Geschäftsführer gebeten,
sowohl das Rechtsamt wie die Polizei
zu informieren.

Ich musste lernen das Recht und
Richtig nicht immer übereinstimmen.
Es ist das Recht diese Plakate
aufzuhängen aber es wird dadurch
nicht Richtig. Wenn
Menschenverachtung suggeriert wird,
dann kann das durch das Recht
soeben noch gedeckt sein, es ist
dennoch falsch. Dorstfeld ist kein
Nazikiez, wie es die Rechten gerne
kolportieren, es ist eine gute
bürgerliche Gesellschaft, die Dorstfeld
prägt.

Am deutlichsten wird die immer und
immer wieder am Wahltag, die
Rechten haben hier keinen Rückhalt,
sie haben es nicht erreicht in die
Bezirksvertretung gewählt zu werden.

Dorstfeld ist ein bunter
nachbarschaftlich organisierter Kiez.
Dorstfeld ist was ganz besonderes: es
ist ein gut funktionierendes Dorf in
Mitten einer Großstadt. Ein reges
Vereinsleben prägt Dorstfeld, hier wird
das Leben in einer Großstadt erträglich.
Unerträglich aber ist das laute
Aufbegehren einer
menschenverachtenden Gruppierung.

Heute wollen wir aber nicht über Dorstfeld reden, wir wollen den Frieden in Deutschland, in der ganzen Welt sichern.

Der Stoff hat die Farbe des Garns. So wie sich jeder einzelne hier auf dem Platz nach Frieden sehnt, so haben wir zwar alle eine Sehnsucht, aber mit vielen bunten Facetten. Wir gehen in dieselbe Richtung, aber wir marschieren nicht im Gleichschritt und in Uniform. Wir sind Individualisten, die den gemeinsamen Wunsch nach Frieden in der Welt haben.

Ich wünsche dem Ostermarsch 2017 einen würdigen Abschluss.

Friedrich Fuß ist Bezirksbürgermeister Do-Innenstadt-West. Er ist Mitglied von B90/Die Grünen.

Lühr Henken, Dortmund

Redebeitrag von Lühr Henken (Bundesausschuss Friedensratschlag) für den Ostermarsch Rhein-Ruhr in Dortmund am 17. April 2017

Liebe Ostermarschiererinnen, liebe
Ostermarschierer,

als wenn die Welt nicht schon genug
aus den Fugen wäre. So viele
Flüchtlinge wie noch nie seit dem
Zweiten Weltkrieg; große Hungersnot
im Osten Afrikas und im Jemen; Kriege
in Afghanistan, Pakistan, dem Jemen,
Irak, Syrien, der Türkei, Libyen, Mali,
Nigeria, Kongo, Sudan und Süd-
Sudan. Das sind nur die
Offensichtlichsten. Ungelöste
Dauerkonfliktherde, an denen
Atomkräfte beteiligt sind, wie der
zwischen Russland und dem so
genannten Westen, in Nah-Ost,
Kaschmir, Korea und um das
Südchinesische Meer. Viele der
Konflikte scheinen weit weg zu sein.
Sie sind uns seltener bewusst, weil sie
uns nicht persönlich betreffen.
Schlagartig wird vielen in diesen Tagen
jedoch klar, wie sehr wir hier in Europa
nah an den Konflikten liegen. Mit
Russland so und so, mit Syrien und
Libyen auch, aber nun auch mit Korea.
Das ist neu.

Der Giftgasanschlag in der syrischen
Provinz Idlib und der Kriegsakt des
neuen US-Präsidenten auf den
syrischen Luftwaffenstützpunkt in der
Provinz Homs lässt weltweit die
Alarmglocken läuten. Der erstmalige
Einsatz der US-Großbombe in
Afghanistan und die US-
Flugzeugträgergruppe vor der
koreanischen Küste scheinen auch
nichts Gutes zu verheißen. Die

Menschen rätseln. Sind das
Eintagsfliegen oder steckt dahinter
eine Strategie? Anders gefragt: Wollen
die USA in Syrien und in Nord-Korea in
den Krieg ziehen?

Ich sage hier ganz klar: Letzteres lässt
sich daraus noch nicht ablesen. Eine
Strategie vermag ich nicht zu
erkennen. Gefährlich ist das Verhalten
Trumps allemal. Richtig bleibt: Krieg
verschlimmert die Lage. Diese
Konflikte lassen sich nur durch
Verhandlungen lösen.

Zu Syrien: Der Einsatz von Giftgas ist
geächtet und stellt ein Verbrechen dar.
Die Verachtung ist den Tätern gewiss -
wer die Täter auch immer sind. Hier
beginnt das Problem. Wer sind die
Täter?

Wir haben eine geschichtliche
Parallele: der Sarin-Anschlag im
syrischen Ghouta im August 2013 mit
Hundertern von Toten. „Der Westen“
bezeichnete damals unisono – wie
heute - postwendend Assad der
Täterschaft. Die USA drohten ihm mit
Krieg, weil er die von Obama
gezogene „rote Linie“ überschritten
habe. Jedoch, nach Untersuchung des
Sarin stellte sich heraus, dass es
nicht aus den Arsenalen der Regierung
stammen konnte. Der Nachweis, dass
Assad der Täter war, konnte nicht
erbracht werden. Und es stellte sich
auch heraus, dass Al-Kaida in Syrien,
die al-Nusra-Front, in der Lage war, mit
türkischer Hilfe Sarin zu produzieren.
Die Frage drängt sich auf: Welche
Kriegspartei in Syrien hat ein Interesse
daran, die USA zum Kriegseintritt zu
bewegen? Assad oder seine Gegner?

Dieselbe Frage stellt sich heute erneut.
Wem nützt der Giftgasangriff? Macht
es für Assad Sinn, Giftgas
einzusetzen, wo er gewiss sein kann,
dass dann – zu Recht – Fluch und
Schande der Welt über ihn

hereinbrechen? Ich frage: Kann ein Staatschef so dumm sein? Wohl kaum. Die Täterschaft ist für mich ungeklärt.

Über die Reaktion Trumps und die der Bundesregierung muss geredet werden. Der US-Präsident hat mit seinem Angriffsbefehl zweifach Recht gebrochen. Zunächst die UN-Charta. Sie lässt nur unter zwei Bedingungen Angriffe auf UN-Mitgliedsstaaten zu: Im Falle von Selbstverteidigung und im Fall des Vorliegens eines UN-Mandats. Ein UN-Mandat gab es nicht. Notwehr liegt auch nicht vor, denn die USA sind nicht angegriffen worden. Trumps Angriff ist klar ein Völkerrechtsbruch. Und der zweite Rechtsbruch? Der Angriff verstößt gegen die Chemiewaffenkonvention, der die USA angehören. Die besagt, dass bei Verdacht auf den Einsatz von C-Waffen die Organisation für das Verbot von C-Waffen (OPCW) eine Untersuchung anberaumt. Wird der Verdacht bestätigt, befindet der UN-Sicherheitsrat darüber, ob militärische Mittel eingesetzt werden. Zwar hat die OPCW unverzüglich Untersuchungen eingeleitet. Ergebnisse liegen jedoch nicht vor. Ohne das Ergebnis abzuwarten, zu bombardieren, ist Rechtsbruch. Ich sage: Trump gehört zusammen mit den Giftgasmördern, wenn sie denn gefunden sind, auf die Anklagebank.

Und was macht die Bundesregierung? Frühzeitig hat sie sich darauf festgelegt, dass Assad die Verantwortung für den Giftgasmord trägt und hält den US-Angriff auf Syrien für „nachvollziehbar“. Eine Infragestellung klingt anders, eine Verurteilung ganz anders.

Ich fordere die Bundesregierung auf, die eklatanten Verstöße der US-Regierung gegen das Völkerrecht zu verurteilen!

Geschieht dies nicht, dann liegt ein Verstoß seitens der Bundesregierung gegen das Grundgesetz vor. Denn Artikel 25 des Grundgesetzes lautet: „Die allgemeinen Regeln des Völkerrechtes sind Bestandteil des Bundesrechtes. Sie gehen den Gesetzen vor und erzeugen Rechte und Pflichten unmittelbar für die Bewohner des Bundesgebietes.“ Und die Pflicht ist es hier, Rechtsbruch auch als solchen zu benennen.

Die Frage stellt sich, was folgt aus dem Marschflugkörperangriff? Für Syrien bedeutet er unmittelbar, dass die Anti-Assad-Kräfte eine verstärkte militärische Unterstützung von außen fordern und dass diese Seite ihr Ziel des Regime Changes, also eine Zukunft Syriens ohne Assad, bekräftigt. Die andere Seite treibt das US-Vorgehen zum Schulterschluss. Die Folge ist also: Die Gegensätze verhärten sich.

Wird dadurch die Chance auf Verhandlungslösungen erhöht? Eher nicht. Noch einmal: Der Syrien-Krieg kann nur über Verhandlungen auf allen Ebenen beendet werden. Zwischen den USA und Russland, zwischen dem Iran und Saudi-Arabien – und innersyrisch.

Trumps Angriff löst vielerorts Verunsicherung aus. Er untermauert damit seine Unberechenbarkeit. Seine früheren, als grundsätzlich zu verstehenden Aussagen, die USA unter seiner Präsidentschaft wollten kein Weltpolizist mehr sein, und die Politik des Regime Change sei falsch, scheinen nicht mehr zu gelten. Aber was dann? Trumps Handlungen erscheinen getrieben, impulsiv, damit konfus und konzeptionslos.

Nicht so gegenüber Russland. Hier verfahren USA und NATO zweigleisig. Ihre Devise ist: Dialog und Aufrüstung.

Das zeigte sich auch wieder beim Besuch des US-Außenministers Tillerson in Moskau. Lange Gespräche, wenig Greifbares. Aber immerhin: eine bilaterale Arbeitsgruppe soll an einer Verbesserung des Verhältnisses arbeiten.

Die US- und NATO-Aufrüstung läuft seit längerem. Der US-Rüstungshaushalt soll im kommenden Jahr um zehn Prozent ansteigen. Ob Trump das Geld dafür aus dem zivilen Bereich tatsächlich bekommt, ist allerdings noch nicht ausgemacht. Im atomaren Bereich läuft bereits ein Aufrüstungsprogramm, das in zehn Jahren 350 Milliarden Dollar verschlingt. Trump hat gesagt, er will, dass die USA immer über mehr Atomwaffen verfügen sollen als andere. Eben: America first. Auch die Russen rüsten atomar auf. Ihre Kosten dafür betragen 100 Milliarden Dollar.

Zurzeit führen die Vereinten Nationen eine Konferenz zur Abschaffung der Atomwaffen durch. Besonders skandalös ist, dass die Bundesregierung und andere NATO-Staaten sich weigern, an dieser Konferenz teilzunehmen. Damit blockieren sie die atomare Abrüstung und verletzen den Atomwaffensperrvertrag, der diese Abrüstung vorschreibt.

Ich fordere die Bundesregierung auf: Nehmen Sie an den UN-Verhandlungen zur Ächtung der Atomwaffen teil! Entziehen Sie den USA die Stationierungserlaubnis ihrer Atomwaffen in Büchel!

Die NATO-Staaten setzen ihre Einkreisungspolitik gegenüber Russland fort. Die Begründung, damit einen russischen Angriff abschrecken zu wollen, ist geradezu absurd. Ein Angriff Russlands auf die NATO käme angesichts der Kräfteverhältnisse

einem Selbstmord gleich. Es herrscht ein krasses Ungleichgewicht. Leicht zu erkennen an den Militärausgaben. Die NATO gibt dafür 13 mal mehr aus als Russland. Die Zahl der NATO-Soldaten unter Waffen ist viermal so hoch wie die russische. 3,4 Mio. zu 900.000.

Die baltischen Staaten sind klein. Folgende Frage stellt sich doch: Weshalb sollte Russland wegen des kleinen Baltikums überhaupt einen Gedanken darauf verschwenden, einen Angriff auf die NATO vorzubereiten? Die russischen Signale sind auch ganz andere: Es senkte seine Militärausgaben 2016 um fünf Prozent und die Ausgaben für neue Waffen um zehn Prozent. Wie dankte es die NATO?

Sie baut eine superschnelle Eingreiftruppe auf, stellt in Polen und Rumänien Anti-Raketen-Stellungen auf, führt ein Manöver nach dem anderen in russischer Grenznähe durch, simuliert dabei Atombombenabwürfe, schafft Panzer samt Munition und Soldaten in russische Grenznähe. USA und NATO erhöhen damit systematisch die Spannungen.

Ich will keine Konfrontation, sondern Kooperation mit Russland. Ich glaube, das wollen wir alle.

Um die Konfrontation finanzieren zu können, beschloss die NATO, dass jedes Mitglied möglichst zwei Prozent seiner Wirtschaftskraft, das BIP, für ihr Militär ausgeben soll. Das war 2014 auf dem NATO-Gipfel. Dabei spielte die Bundesregierung eine bedeutende Rolle. Sie gab nach dem Beginn der Ukraine-Krise ihre Zurückhaltung auf und setzte sich im NATO-Rat aktiv für die Erhöhung der Rüstungsausgaben ein. Zwei Prozent klingt wenig, ist aber viel. Wenn das in den europäischen NATO-Ländern bis 2024 umgesetzt

wird, bedeutet das pro Jahr eine Erhöhung um 100 Milliarden Euro in Europa. Deutschland trägt daran einen hohen Anteil. Deutschlands Militärausgaben würden sich von 37 Milliarden in diesem Jahr verdoppeln auf ungefähr 75 Milliarden Euro. Zum Vergleich: Russland gab 2015 nur 66 Milliarden Dollar aus. Die wahnsinnige Steigerung der Militärausgaben führt nicht zu mehr Sicherheit in Europa und der Welt, sondern provoziert militärische Gegenmaßnahmen, die wiederum hier Anlass sind, weiter an der Rüstungsspirale zu drehen.

Das Zwei-Prozent-Ziel hat in Europa noch einen zweiten Effekt: ein Verschieben der Kräfteverhältnisse in der EU zugunsten Deutschlands – insbesondere nach dem Brexit. Warum?

Deutschland ist in der EU mit Abstand die größte ökonomische Macht. Denn unser BIP ist um fast 20 Prozent größer als das britische und um fast 30 Prozent größer als das französische. Britannien sagt der EU good bye. Gibt Frankreich, die nächstgrößte Wirtschaft der EU, ebenso zwei Prozent des BIP für das Militär aus wie Deutschland, ist Deutschland neben der ökonomischen Macht auch im Militärischen die Führungsmacht in Europa. Das kann in der Nachbarschaft – bei dieser leidvollen Geschichte aufgrund deutscher Angriffskriege - nur Ängste hervorrufen.

Deshalb kann es nur diese Forderung geben: Stoppt die Aufrüstungsvorhaben der Bundeswehr und senkt den Rüstungshaushalt! Abrüstung ist das Gebot der Stunde!

Aber daran denkt die Bundesregierung nicht. Ministerin von der Leyen hat angekündigt, bis 2024 die Zahl der Bundeswehrsoldaten von jetzt knapp

180.000 auf knapp 200.000 erhöhen zu wollen. Das will finanziert werden. Die Bundeswehr wird seit 25 Jahren auf Auslandseinsätze ausgerichtet, sie wird in Kriege und Auslandseinsätze geschickt. Dafür erhält sie neue Waffentechnik.

Das deutsche Heer bildet schwerpunktmäßig aus für die Aufstandsbekämpfung im Stadt-, Orts- und Häuserkampf, erhält dafür neue Schützenpanzer und Kampfhubschrauber, die Marine konzentriert sich weltweit auf fremde Küsten und dem Land dahinter, erhält dafür Hochseekorvetten mit Marschflugkörpern und neue Fregatten mit Kanonen für den Landbeschuss sowie U-Boote. Die Luftwaffe erhält Military Airbusse, um alles das, was nicht schwimmt, schnell weltweit transportieren zu können – sowie Kampfdrohnen. Mit mehr Soldaten, mehr Waffen und mehr Geld werden die Bundeswehreinsätze weltweit zunehmen. Das soll unter dem Deckmantel von mehr Verantwortungsübernahme geschehen. Der Begriff Verantwortung dient der Verschleierung. Die wahren Absichten waren deutschen Leitmedien zu entnehmen, als sie das neue Weißbuch der Bundeswehr vorstellten. Die FAZ sieht Deutschland als globale Gestaltungsmacht und die Süddeutsche schrieb: „Das neue Weißbuch ist – gemessen an seinen Vorgängern – von neuer Klarheit. Noch nie seit dem Zweiten Weltkrieg hat sich das Land so deutlich zu seiner führenden Rolle in der Welt bekannt und daraus auch eine sicherheitspolitische Verpflichtung abgeleitet.“ Was der Süddeutschen noch im Weißbuch auffiel, war: dass bei der Interessendefinition Deutschlands „an dritter Stelle bereits – Prosperität und ungehinderter Welthandel“ stehen. „Will heißen“, so ihr Außenpolitik-Chef: „Die Freiheit der

Meere und die Versorgung mit Rohstoffen stehen im Interessenkatalog ganz oben.“ Also, worum geht es? Wir haben es schwarz auf weiß: Macht, Einfluss, Rohstoffe und Profit!

Liebe Friedensfreundinnen, liebe Friedensfreunde:

Ich will keine Auslandseinsätze der Bundeswehr! Ich will den Rückzug der Bundeswehr aus dem Ausland!

Macht, Einfluss und Profit sichern sich deutsche Konzerne und Regierungen auch durch den exzessiven Rüstungsexport. Ja, exzessiv! Im Februar legte SIPRI, das Friedensforschungsinstitut in Stockholm, Exportzahlen für deutsche Großwaffen vor. Sie sind für 2016 skandalös. Der Weltmarktanteil Deutschlands erhöhte sich von 6,3 auf 9 Prozent. Damit liegt Deutschland 2016 wieder auf Platz 3 weltweit und in Europa auf Platz 1. Und das ist eine Schande. Bei Kleinwaffen zeigt sich ein ähnliches Bild. Die Genehmigungen für Kleinwaffen stiegen im vergangenen Jahr um 47 Prozent gegenüber 2015. Das zeigt: wir dürfen auch im Kampf für ein Waffenexportstopp nicht nachlassen.

Danke.

Ostermarsch Rhein Ruhr Redebeiträge
2017

Samstag

Duisburg: Horst Schmitthenner S.2

Duisburg: Eberhard Przyrembel S.4

Düsseldorf: Sevim Dagdelen S.8

Sonntag

Gelsenkirchen: Uli Sander S.14

Montag

Bochum: Anne Sandner S.18

Dortmund Dorstfeld: Friedrich Fuß S.23

Dortmund: Lühr Henken S.25

Leider keine Redemanuskripte liegen vor
von

Samstag

Duisburg: Gizem Kockaya

Duisburg: Niyazi Oeztas

Düsseldorf: Thomas Geisel

Sonntag

Essen: Anneliese Franz

Wattenscheid: Christian Leye

Herne: Edith Grams

Bochum: Norbert Arndt

Bochum: Michael Schulze von Glaßer

Dortmund Dorstfeld: Daniel Kehl

Eberhard Przyrembel, Duisburg

Redebeitrag von Eberhard Przyrembel (Pax Christi) für den Ostermarsch Rhein-Ruhr in Duisburg am 15. April 2017

Liebe Freundinnen und Freunde,

Ich bin einer der 13 Millionen deutschen Flüchtlinge, die nach dem 2. Weltkrieg von Restdeutschland aufgenommen wurden.

Deshalb möchte ich etwas zur letzten Forderung unseres Duisburger Flyers sagen: „Verbot der Parteien, die das Grundgesetz mißachten, nationalistisches und faschistisches Gedankengut verbreiten.“

Aber nicht die Frage des Verbots diskutieren, sondern die Tatsachen und Einstellungen zu den Flüchtlingen heute am Beispiel des Staates Libanon behandeln (Quelle: Forum Ziviler Friedensdienst).

Grundsätzlich gilt: Nur wer sein und seiner Angehörigen Leben bedroht sieht, verlässt Heimat, Eigentum, Arbeit und Lebensgewohnheiten usw. Solche Menschen erleben sich ausgeliefert und meistens auch traumatisiert, so daß sie auf Menschlichkeit angewiesen sind.

Zunächst die Proportionen, d.h. das Verhältnis Einwohnerzahl zur Zahl der Flüchtlinge: 1939 hatte Großdeutschland 79 Millionen Einwohner. 1946 werden für Restdeutschland 65 Millionen Einwohner angegeben, auf 13 Millionen Flüchtlinge bezogen: Damals (1945-50) kamen auf 5 Deutsche 1 Flüchtling. Aufgerechnet und bezogen auf die Gesamtzahl der Einwohner

hatte Restdeutschland Platz für die Zahl von 20 %!- Rechnen sie sich selber aus, wieviel Prozent 200.000 auf 80 Millionen sind (0,25%).

In der Nachkriegszeit hatten die Deutschen so große Not, daß sie nur ans Überleben dachten: Wo bekomme ich zu essen, Kleidung und Wohnung! Niemand dachte an Montagsdemonstrationen.

Heute , als Folge von 6 Jahren Bürgerkrieg (besser: Stellvertreterkrieg) in Syrien leben im Libanon 6 Millionen Menschen, von denen 1,5 Millionen Flüchtlinge sind; dh auf 3 Einheimische kommt ein Flüchtling, und jeder 2. Flüchtling ist ein Kind unter 14 Jahren.

Die geflohenen Menschen haben alles zurückgelassen und sind dringend auf Überlebenshilfe angewiesen. Der Staat Libanon (wie auch Jordanien, Irak, Türkei) ist völlig überfordert. Ich nenne erst einmal nur Stichworte: Trinkwasser- und Nahrungsversorgung – Arbeitsplätze – Schulen und Berufsausbildung....

Alles im Land wird teurer. Die Einheimischen blicken neidisch auf Auslandshilfe für die Geflüchteten. Um zu überleben arbeiten viele syrische Flüchtlinge illegal und akzeptieren notgedrungen Löhne, die unter der üblichen Bezahlung liegen, was wieder zu entsprechenden Konflikten mit den Einheimischen führt.

Die Schulen und Krankenhäuser „platzen aus allen Nähten“, wie es im Umgangsjargon heißt – ohne dass man sich das heulende Elend der Kranken und in den Krankenhäusern Arbeitenden vorstellt.

Ein konkretes Beispiel: Die kleine Stadt BAR ELIAS in der Bekaa-Ebene und 12 Kilometer von der syrischen Grenze

entfernt hatte 50.000 Einwohner, doch inzwischen sind noch einmal so viele Geflüchtete hinzugekommen. Alle Einrichtungen und Behörden sind total überfordert

Da hatte jemand die grandiose Idee, gegen das Abfallproblem ausgerechnet Mülltrennung zu propagieren. Mülltonnen wurden mit ausländischer Hilfe eingeführt und ein syrischer IT-Spezialist organisiert den Betrieb: Aus dem Abfall werden Blech und Plastik herausgesucht und getrennt verkauft, sodass man sogar etwas daran verdient!

Unter der Träume weckenden Überschrift „Zeder & Jasmin“ wird dieses Recyclingprojekt betrieben. Das entstand aus einer Initiative von libanesischen und syrischen BürgerschaftsaktivistInnen, die bei den Einwohnern des Stadtteils erfragt hatten, was sie sich für ein besseres Leben wünschten.

Von den 20 Millionen Syrern sind über die Hälfte der Einwohner auf der Flucht, das Land ist teilweise von Bomben umgepflügt .. +übertragen Sie das auf deutsche Verhältnisse!

Und dazu dann im Vergleich die öffentliche Diskussion über die Silvesterereignisse am Kölner Hauptbahnhof... oder daß eine Partei, die ernst genommen werden will, jahrelang diskutieren und verhandeln läßt über „Mautgebühr“ ...

Wie bei Kriegsbegründungen, Rüstungsproduktion und Sicherheit durch Atombomben hätten wir ernsthaft die „Fluchtursachen“ zu erforschen –60 Millionen Flüchtlinge weltweit! -und wie eine himmelschreiend ungerechte Wirtschaftsordnung die Ursache dafür ist!

Mein Vorschlag: Warum stürzen sich die „Kapitalisten“ nicht darauf, Afrika zu einem Erdteil werden zu lassen, der beispielhaft von Sonnenenergie lebt?

Eberhard Przyrembel ist aktiv bei der Kath. Friedensbewegung Pax Christi und lebt in Duisburg.

Horst Schmitthener, Duisburg

Redebeitrag von Horst Schmitthener (IG Metall) für den Ostermarsch Rhein-Ruhr in Duisburg am 15. April 2017

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
Genossinnen und Genossen,
Freundinnen und Freunde,

Kriege und bewaffnete Konflikte wie in
Syrien, in Kurdistan, im Irak, in
Afghanistan oder der Ukraine scheinen
kein Ende zu nehmen. 1,8 Billionen
Euro werden jährlich für Rüstung und
Krieg ausgegeben. Gleichzeitig steigen
die Rüstungsexporte.

Über 65 Millionen Menschen sind
weltweit auf der Flucht. Die Grenzen
Europas und Deutschlands sind wieder
abgeschottet. Auf der Suche nach
Sicherheit ertrinken tausende
Menschen im Mittelmeer, das zur
tödlichsten Grenze der Welt geworden
ist.

Rassismus und offener Hass nehmen
in vielen Ländern der Welt zu – auch in
Deutschland. Die Wahrheit ist kein
Kriterium mehr, alles wird behauptet
und herbei gelogen, wenn es nur
Ängste und Vorurteile schürt. Die
herrschende Politik gibt diesen
Stimmungen nach und befeuert sie
noch. Inzwischen werden Geflüchtete
sogar in Kriegsgebiete wie nach
Afghanistan abgeschoben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
Genossinnen und Genossen,
Freundinnen und Freunde,

Wie der Bundesausschuss
Friedensratschlag verurteile auch ich
den Angriff der USA auf den syrischen
Flugplatz (al Schairat). Er stellt einen

Bruch des Völkerrechts dar und erhöht
die Spannungen in Syrien und
zwischen den USA und Russland. Die
Begründung des US-Präsidenten
Donald Trump ist bis heute nur eine
Behauptung. Zudem zeigt seine
Ankündigung, das Waffenarsenal
ausbauen zu wollen, ebenso wie der
Militärschlag gegen Syrien, dass er
nicht auf Friedenspolitik sondern auf
militärisches Handeln setzen mag.

Das zeigt auch, wie drängend
notwendig ein Atomwaffenverbot ist.
Offiziell setzt sich die Bundesregierung
für eine atomwaffenfreie Welt ein, will
sich aber nicht an den internationalen
Verhandlungen über ein
Atomwaffenverbot beteiligen.

Das ist schizophren.

Denn ohne die Ächtung von
Atomwaffen ist der
Atomwaffensperrvertrag ein stumpfes
Schwert. Das muss nun auch die
Bundesregierung einsehen. Die Kritik
der Bundesregierung, dass ein Vertrag
wirkungslos bleibe, sofern die
Atomwaffenstaaten nicht eingebunden
sind, ist absurd, da die Ächtung der
Atomwaffen ein unabdingbarer Schritt
ist, die Abrüstung hin zu einer
atomwaffenfreien Welt voranzubringen
– auch, wenn nicht alle Staaten diesen
Schritt von Anfang an mitgehen – wie
dies bei den Verboten von Bio- und
Chemiewaffen auch der Fall war.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
Genossinnen und Genossen,
Freundinnen und Freunde,

Neben den kriegerischen
Auseinandersetzungen und der
zunehmenden Militarisierung der
Politik hat gleichzeitig die soziale
Spaltung dramatische Ausmaße
erreicht. Gerade einmal 8 Männer
haben mehr Vermögen als die ärmere
Hälfte der Weltbevölkerung.

Diese Spaltung gibt es nicht nur im globalen Maßstab, sie durchzieht nahezu alle Gesellschaften, auch die deutsche.

Millionen Menschen müssen sich mit Niedriglöhnen durchschlagen, haben keinerlei Aussicht auf eine existenzsichernde Rente, müssen um die wenigen bezahlbaren Wohnungen konkurrieren. Anstatt dieses Problem anzugehen, werden immer mehr Mittel für Waffen und Militär ausgegeben.

Die Bundeswehr wird grundgesetzwidrig in immer mehr Staaten geschickt und bis 2030 sollen 130 Milliarden Euro zusätzlich für Rüstung ausgegeben werden. Gleichzeitig fehlen überall Gelder für Bildung, Soziales und ökologischen Umbau.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Genossinnen und Genossen, Freundinnen und Freunde,

ja, wir können nicht nur über Krieg und Frieden in der Welt reden. Wir müssen auch über die Aggressionen, die aggressiven Auseinandersetzungen, bis hin zu Gewalttaten bei denen Menschen getötet werden, in unserer Gesellschaft reden.

Aus dem Stand kommt die AfD mit zweistelligen Prozenten in die Landtage. Eine Partei die offen sagt, sie will keine Flüchtlinge in Deutschland haben und fordert, auf Flüchtlinge an der Grenze zu schießen, um sie an der Einwanderung zu hindern.

Pfui Teufel, das hat uns gerade noch gefehlt.

Diese rassistische, nationalistische, antidemokratische, kurz faschistoide Partei ist überflüssig wie ein Kropf.

Aber wer den Wahlerfolg der AfD auf die Flüchtlingspolitik und ihre Verweigerung von Asyl beschränkt, der springt zu kurz. Ihre Wähler sind die ökonomisch Abgehängten.

Es sind die noch gut situierten Bürger, die Angst haben, auch an den Rand der Gesellschaft gedrängt zu werden.

Es sind also jene, die mit ansehen müssen, das Politik ausschließlich für die Finanzmärkte und die Besserverdienenden gemacht wird.

Die erfahren müssen, das Politik und Politiker sich nicht um sie und auch nicht um die Angst der Bürger vor sozialem Abstieg kümmern.

Es ist also vor allem die dadurch geschaffene Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich, in Oben und Unten, die den Wahlerfolg der AfD ausmacht.

Wer den jetzt und in Zukunft bekämpfen will, muss nicht das Asylrecht zu Grunde richten, muss nicht die Flüchtlinge bekämpfen.

Er muss Sicherheit wieder herstellen und zwar soziale Sicherheit für alle.

Er muss den seit langem abgebauten, geschundenen Sozialstaat wieder aufbauen und dadurch die Spaltung der Gesellschaft abbauen.

Er muss Arbeit, bezahlbare Wohnungen, Bildung und Ausbildung und soziale Sicherheit für alle die das nicht oder nicht ausreichend haben schaffen.

Für Einheimische und für Flüchtlinge.

Lassen wir uns – Erwerbslose, abhängig Beschäftigte und Flüchtlinge – nicht gegeneinander ausspielen. Das nutzt nur denjenigen, die von den

bestehenden Verhältnissen profitieren und es nutzt der AfD.

Schon bevor viele Flüchtlinge kamen fehlten massenhaft bezahlbare Wohnungen, Kitaplätze und gute Arbeitsplätze.

Diese Probleme sind hausgemacht. Wenn nun mehr Menschen eine Arbeit suchen und eine Wohnung brauchen, ja dann wird der Mangel noch größer.

Also: „Klotzen statt Kleckern !“

Geld ist genug da – es ist nur in den falschen Händen.

Aber liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde,

nicht nur unsere Gesellschaft ist weniger friedlich sondern rechtslastiger und aggressiver geworden. Die ganze Welt ist nicht friedlicher geworden in den letzten Jahrzehnten.

Im Gegenteil. Es gibt nur 200 Staaten auf der Welt, aber aktuell mehr als 400 zwischenstaatliche und innerstaatliche

Auseinandersetzungen und politische Konflikte. Viele davon werden, Gott sei Dank, gewaltfrei ausgetragen.

Viele aber gewalttätig, 46 hoch gewalttätig, darunter 21

breit angelegte und 25 regional begrenzte mörderische

Kriege. Eine Horrorvorstellung und für uns noch mehr Ansporn Kriege zu ächten.

Eine Möglichkeit Kriege zu verhindern ist auch unser Kampf für eine Beendigung der Rüstungsproduktion. Denn ohne Waffen und militärisches Gerät könnten die Kriege, die überall in

der Welt geführt werden, nicht stattfinden.

Es ist ein Skandal das Deutschland, nach den USA und Russland, inzwischen der drittgrößte Waffenexporteur der Welt ist. Bei Panzerlieferungen nimmt Deutschland sogar den 2. Platz ein und bei U-Booten der 1. Platz. Besonders skandalös ist auch der Export von Kleinwaffen, durch die weltweit die meisten Menschen, vor allem auch bei nicht staatlich geführten Konflikten (Bürgerkriegen), ums Leben kommen.

Wir wollen, dass damit Schluss gemacht wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Genossinnen und Genossen, Freundinnen und Freunde,

wir brauchen keine Drohnen, wir brauchen auch keine milliardenschwere Rüstungsgüter wie Eurofighter, Military-Airbusse, Atombomber, Raketenabwehrsysteme, Kampf- und Transporthubschrauber, Marschflugkörper, Schützenpanzer, Fregatten und Korvetten, U-Boote, Laser- und Streubomben.

Nein, das alles brauchen wir nicht.

Wir brauchen Abrüstung und Rüstungskonversion. Oft wird die Forderung nach Einstellung der Rüstungsexporte und der Rüstungsproduktion mit dem notwendigen Erhalt der Arbeitsplätze in diesem Bereich zurückgewiesen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Genossinnen und Genossen, Freundinnen und Freunde,

Ich frage, müssen wir wirklich auf Rüstungsproduktion setzen um Beschäftigung zu sichern? Die Fakten jedenfalls sprechen dagegen. Lediglich

80.000 Arbeitsplätze sind von der Rüstungsproduktion abhängig. Das ist schon angesichts der 3.4 Mio. Beschäftigten in der Metall- und Elektroindustrie sehr überschaubar und zu bewältigen. Und angesichts der fast 45 Mio. Beschäftigten in der Gesamtwirtschaft ist leicht denkbar das qualifizierte Ersatzarbeitsplätze zu schaffen sind.

Und der Anteil der Rüstungsexport an allen Ausfuhren liegt unter 1 %. Der Titel des Exportweltmeisters ließe sich auch locker ohne Rüstung holen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
Genossinnen und Genossen,
Freundinnen und Freunde,

es stimmt, Wohlstand und Arbeitsplätze hängen in diesem Land nicht von der Rüstungsindustrie und nicht vom Export von Waffen ab. Was fehlt ist der entschiedene Wille der Politik, aber auch der Gewerkschaften, die Rüstungskonversion wirklich ernsthaft zu betreiben.

Wir werden dafür sorgen müssen, dass sich das ändert und der Wille, Rüstung und somit Kriege zu beenden sichtbar stark wird.

Vielen Dank.

*Horst Schmitthener ist ehemaliges
geschäftsführendes Vorstandsmitglied
der IG Metall*

Sevim Dagdelen, Düsseldorf

Redebeitrag von Sevim Dagdelen (MdB Die Linke) für den Ostermarsch Rheinland in Düsseldorf am 15. April 2017

Liebe Freundinnen und Freunde,

Neue US-Kriege stoppen – Beihilfe der Bundesregierung beenden

**Man kann nicht umhin, die Zeichen
dieser Zeit zu erkennen.**

**Wer sehen will, der sieht. Und wer
hören will, der hört.**

Wir können nicht umhin, zu erkennen.
Die Welt steht in Brand. Wir leben in
den Zeiten des Krieges. 60 Millionen
Menschen sind weltweit auf der Flucht.
So viele wie noch nie. Allein der
syrische Stellvertreterkrieg hat in den
letzten Jahren 400.000 Menschen das
Leben gekostet. Im Jemen leiden in
Folgen der saudischen Invasion -
unterstützt auch mit deutschen Waffen
- 7 Millionen Menschen Hunger. Eine
ganze Region von Libyen bis
Afghanistan steht in Flammen.

Und als wollten die USA ihren Beitrag
zu diesem Elend weiter erhöhen,
beschloss vor wenigen Tagen, nach
dem Genuss eines
Schokoladenkuchens wie er selbst
prahlte, der neue US-Präsident Trump
einen syrischen Militärflugplatz mit
Marschflugkörpern anzugreifen, unter
dem Vorwand die syrische Regierung
habe von hier aus Giftgas eingesetzt.
Dieser Angriff stellte einen
gravierenden Bruch des Völkerrechts
dar. Beweise oder gar Belege für eine
Urheberschaft des Assad-Regimes
blieb Trump ganz selbstverständlich
schuldig. Dieser Angriff der USA auf

Syrien war nichts anderes als ein
großes Verbrechen. Er reiht sich ein in
die Kriege gegen Jugoslawien 1999
oder den Irak 2003. Und wir erinnern
uns: auch hier wurde, was die
Legitimation des Angriffe anging,
gelogen, dass sich die Balken bogen,
um den Krieg vorbereiten zu können.
Scharpings Hufeisenplan wurde nie
gefunden, ebenso wenig wie die
Massenvernichtungswaffen Saddam
Husseins.

**Wir aber sagen NEIN zu diesen
Kriegslügen. Wir verurteilen den
Angriff des US-Präsidenten. Und wir
erwarten von der deutschen
Bundesregierung, dass sie ebenso
klar und deutlich diese üble Attacke
als Völkerrechtsbruch benennt und
klarstellt, US- oder NATO-
Militärbasen in Deutschland dürfen
für die angekündigten weiteren
Verbrechen des US-Präsidenten
nicht genutzt werden!**

Doch was hat die Bundesregierung
bisher getan? Ganz im Gegensatz zu
einer Verpflichtung auf Grundgesetz
und Völkerrecht, hat sie den Angriff der
USA als „nachvollziehbar“ bezeichnet.
Und hier passte kein Blatt Papier
zwischen Außenminister Sigmar
Gabriel von der SPD und Frau von der
Leyen von der Union. Wer als Minister
Verbrechen als nachvollziehbar oder
als richtig bezeichnet, der sollte seinen
Hut nehmen. Wer als Minister das
Völkerrecht derart mit Füßen tritt, für
den ist der Krieg der Vater aller Dinge,
nicht aber der Frieden. Und wir
verurteilen diese kriminelle Haltung
aufs das Schärfste.

**Wir sagen: Wer seinen Amtseid
auch nur ein Stück weit ernst
nimmt, der darf internationale
Verbrechen nicht als
nachvollziehbar bezeichnen und
unterstützen.**

Und wir müssen wirklich genau hinschauen, um uns weder von der Macht der anderen, noch der eigenen Ohnmacht dumm machen zu lassen.

Wir müssen genau hinschauen, um nicht dem propagandistischen Trommelfeuer zu erliegen. Ich will euch nur zwei Beispiele aus der jüngsten Vergangenheit nennen. In der Sendung Anne Will behauptete die Verteidigungsministerin von der Leyen die UN habe bereits 2013 festgestellt, dass Assad in Syrien Giftgas eingesetzt habe. Diese Aussage blieb vor einem Millionenpublikum unwidersprochen. Doch diese Aussage ist schlicht eine Lüge, wie selbst der Faktencheck der Tagesschau Tage später einräumen musste. Doch wer liest das denn, die Lüge der Verteidigungsministerin bleibt hängen und soll ja die Zuweisung der Verantwortung auch dieses Mal quasi vorwegnehmen.

Der zweite Fall ist der des Nahostexperten Michael Lüders, auf den seit dieser Sendung und Lanz eine regelrechte mediale Hetzjagd eingesetzt hat, wegen angeblicher Falschbehauptungen. Dabei hatte Lüders lediglich darauf hingewiesen, dass die Täterschaft für die Giftgasangriffe in Syrien ungeklärt ist und dass es auch Berichte gäbe, die über Lieferungen von Materialien zur Giftgasherstellung durch den türkischen Geheimdienst an islamistische Terrormilizen in Syrien berichteten. Dabei leistete sich Lüders eine einzige Ungenauigkeit, denn er sagte, dass wegen dieser Berichte auch der ehemalige Chefredakteur der türkischen Zeitung Cumhuriyet vor Gericht gestanden habe. Ich war beim Prozessauftakt dabei: Dündar aber stand vor Gericht wegen des Berichts von Waffenlieferungen des türkischen Geheimdiensts an islamistische Terrormilizen.

Das Portal Correctiv, das von Facebook für das Aufspüren falscher Nachrichten beauftragt wird, setzte in der Folge, offenbar mit der Absicht den unliebsamen Experten Lüders zu diskreditieren, die Falschmeldung in Umlauf, die Zeitung Can Dündars habe niemals über Giftgaslieferungen berichtet. Dabei konnte sie darauf bauen, dass 95% ihrer Leser des Türkischen nicht mächtig sind und somit diese Fake News von Correctiv nicht überprüfen konnten.

Aber die Zeitung Cumhuriyet allerdings hatte mehrfach nachprüfbar über Lieferungen aus der Türkei für Giftgasproduktion durch islamistische Terrormilizen berichtet. Ich werde die entsprechenden Artikel in Kürze auch in deutscher Übersetzung selbst auf meiner Internetseite dokumentieren. Auch ein Portal, das für die Korrektur falscher Nachrichten bezahlt wird, sollte doch in der Lage sein, eigene Fake News zu korrigieren, auch wenn dies vielleicht nicht im Interesse der Auftraggeber sein sollte.

Wir sehen aber an diesen zwei Beispielen, wie wichtig es ist sich in den Zeiten der Kriegslügen nicht dumm machen zu lassen, um sich Leuten, denen das Lutherwort: „Auf fremden Mannes Arsch reitet sich gut durchs Feuer“ offenbar ein Lebensmotto geworden ist. Leute, denen offenbar jedes Mittel recht ist.

Die Zeiten des Krieges sind auch die Zeiten George Orwells. Das ist der Kern seines Werks 1984. Sie sind die Zeiten der Kriegslügen. Und wie vorgegangen wird, um den Massenmord zu verharmlosen, um ihn eingängig zu machen, sehen wir jetzt, als vor wenigen Tagen die größte nicht-atomare Bombe der Welt von den USA zum ersten Mal abgeworfen wurde. In Afghanistan, angeblich gegen IS-Kämpfer. Wir wissen nicht,

ob das stimmt. Was wir aber wissen und hören ist die liebevolle Benennung dieser Bombe als „Mutter aller Bomben“. Eine Mutter also, eine Liebende fürsorgliche Mutter wurde abgeworfen, die allein dem Namen nach nichts als Fürsorge und Liebe verbreitet. George Orwells Zukunftsroman ist die Gegenwart. Krieg ist Frieden. Tod und Entsetzen sind Liebe und Fürsorge.

Und gegen diese unerträglichen Verharmlosungen stehen wir heute hier, gegen diese elenden Beschönigungen sagen wir heute hier: Nie Wieder! Wir wollen keinen Krieg!

Wir sagen der Einsatz dieses Massenvernichtungsmittels ist nichts als schnöder Massenmord durch den US-Präsidenten Trump. Sagte ich Massenmord? Ja richtig Massenmord! Und die Bundesregierung leistet hier auch noch Beihilfe, indem sie die US-Basen hier offenhält, über die der Nachschub läuft und sich am Krieg in Afghanistan beteiligt. **Und wir wollen, dass diese Beihilfe zum Massenmord endlich beendet wird. Wir wollen die Schließung der US-Basen hier in Deutschland! Wir wollen, dass die Bundeswehr endlich aus den Auslandseinsätzen zurückholt wird, ob in Mali, Syrien oder Afghanistan.**

Oft wird ja um die Auslandseinsätze der Bundeswehr zu rechtfertigen, darauf verwiesen, es handele sich dabei um humanitäre Interventionen, also den Einsatz von Militär zu humanitären Zwecken. Das ist, wenn man so will, die säkulare Variante des früher auch in Europa religiös verbrämten gerechten Krieges, der sich die Bundesregierung aus Union und SPD verpflichtet fühlt. Lassen wir einmal das Argument außer Acht, das Bomben selbstverständlich keinen

Frieden schaffen, sondern lediglich den Nährboden für den Terror befruchten. Aber wenn wir die Bundesregierung einmal ernst nehmen, mit ihrer Verpflichtung auf humanitäre Interventionen, dann frage ich mich, warum diese Bundesregierung angesichts der schlimmsten Hungerkrise in vier Ländern auf der arabischen Halbinsel und in Afrika, Nigeria, Südsudan, Somalia und Jemen, von der rund 20 Millionen Menschen betroffen sind, allein im Südsudan akut 100.000 vor dem Hungertod stehen, nicht einmal bereit ist, die Bitten der UN für die humanitäre Soforthilfe zu erfüllen, damit nicht hunderttausende Menschen bis zum Sommer dort verhungern. Warum tut die Bundesregierung dies nicht? Warum ist sie nicht bereit, diese Menschenleben zu retten? Warum lässt sie die Menschen dort einfach sterben? Warum schaut sie zu? Warum ist ihr dies keine humanitäre Intervention wert?

Schaut die Bundesregierung hier etwa zu, weil sich mit der Hungerhilfe nicht die Profite deutscher Rüstungskonzerne mästen lassen? Schaut die Bundesregierung hier zu, weil sich mit der Hungerhilfe keine globale Machtprojektion zur Erleichterung von Rohstoffzugängen und Marktöffnungen in die Wege leiten lässt? Schaut die Bundesregierung zu, weil sich mit der Hungerhilfe eben kein Regime-Change zur Beseitigung unliebsamer Regierungen machen lässt?

Wir wissen es nicht, aber ich glaube wir können sagen, es gibt starke Indizien dafür, dass dem so ist.

Um hunderttausende von Menschen vor dem Hungertod zu retten, ist kein Geld da, ebenso wenig wie für die Wiederherstellung des Sozialstaats, für

sichere Renten und gute Löhne. Dafür ist ja auch kein Geld da. Wofür die Koalition allerdings Geld hat, ist eine Erhöhung des Rüstungshaushalts. Ja dafür ist Geld da. SPD und Union erhöhen die Ausgaben für Militär und Rüstung um sage und schreibe 8% auf 37 Milliarden Euro. Das soll nun jedes Jahr so weitergehen. Und ich finde das angesichts der Hungerkrise und der fehlenden Mittel für soziale Sicherheit ungeheuerlich. Wer so handelt, handelt nicht nur verantwortungslos, nein der weiß, dass seine Politik das Leben vieler Menschen kosten wird.

Und es ist doch perfide, dass SPD und Union zugesagt haben, den Wünschen der NATO nachzukommen und die Rüstungsausgaben auf 2% des Bruttoinlandsprodukts zu erhöhen. Das wäre dann fast eine Verdoppelung auf insgesamt 63 Milliarden Euro. Und wenn ich jetzt von Sigmar Gabriel höre, dass wäre jetzt doch etwas viel, man wisse dann gar nicht mit den ganzen Rüstungsgütern wohin, dann kommt einem doch in den Sinn, das in wenigen Monaten Bundestagswahl ist und dass sich eine Verdoppelung der Rüstungsausgaben nicht so gut macht. Aber allein, dass man jetzt einen Rüstungswettlauf in Europa beginnt, ist einfach nicht zu fassen. Der Friedensnobelpreisträger Willy Brandt würde sich im Grabe umdrehen.

Und ich finde das muss sofort aufhören. Wir brauchen Abrüstung statt Aufrüstung! Wir brauchen soziale Sicherheit und humanitäre Hilfe statt Kriegstreiberei und volle Auftragsbücher für deutsche Rüstungskonzerne.

2017 stehen wir mitten in einem neuen Kalten Krieg. Und die Bundesregierung will offenbar ihren Anteil leisten, mit einem Rüstungswettlauf um Russland totzurüsten, um der Gefahr aus Moskau für die NATO zu begegnen.

Das ist nachgerade aberwitzig. Die Militärausgaben der NATO liegen beim 13 fachen der russischen Ausgaben. Allein die USA geben jährlich 600 Milliarden Dollar für Rüstung aus. Und die Bundesregierung hat jetzt auch noch zugesagt, zusätzlich zu den massiven von US-Präsident Trump angekündigten Erhöhungen des US-Militärhaushalts, ein Ziel anzustreben, dass Oberhalb der russischen Rüstungsausgaben liegt. **Das muss man klar und deutlich benennen, als das was es ist, das ist Kriegstreiberei.**

Und man muss wahrlich kein Freund der russischen Außenpolitik sein oder des russischen Präsidenten Wladimir Putins, dass es nicht Russland war, wie einige so gern behaupten, das an die NATO herangerückt ist, sondern die NATO durch kontinuierliche Erweiterungen an Russland herangerückt ist. Und es ist ein friedenspolitischer Offenbarungseid dieser Bundesregierung, dass jetzt 65 Jahre nachdem Überfall Nazideutschland auf die Sowjetunion, deutsche Soldaten an der russischen Westgrenze stehen. **Das ist geschichtsvergessen und trägt lediglich zu einer weiteren Eskalation bei.**

In der heutigen Zeit ist es angesichts der US-Aggression und der Beihilfe der Bundesregierung nicht übertrieben, von einer wachsenden Weltkriegsgefahr zu sprechen. Man muss sich nur einmal vorstellen, beim nächsten Raketenanschlag Trumps werden auch russische Soldaten in Syrien getroffen oder Trump setzt seine Pläne für einen Präventivkrieg gegen Nordkorea um.

Der kategorische Imperativ dieser Zeit ist: Wer den großen Krieg verhindern will, der muss den Kriegstreibern im eigenen Land in

den Arm fallen. Wir dürfen die Trumps und ihre Helfershelfer mit ihren mörderischen Kriegsszenarien nicht durchkommen lassen! Die Kriege Trumps und seiner Oligarchen-Clique sind schlicht imperialistische Interessendurchsetzung. Sie zielen letztendlich darauf, für Großkonzerne den Zugang zu billigen Rohstoffen und besten Verwertungsbedingungen zu garantieren. Darum geht es und um nichts anderes!

Die NATO aber, in der diese imperialistischen Interessen ausgeglichen und gebündelt werden sollen, ist nicht nur ein Kriegsführungsbündnis. Es ist auch ein Militärpakt, der nie ein Problem damit hatte Diktaturen in seinen Reihen zu wissen. Aktuell ist es die Türkei. Erdogan will mit dem Referendum, das morgen stattfindet, seine Diktatur legalisieren. Der Ausnahmezustand soll zum Normalzustand werden. Um eine Mehrheit für das Ja zu erreichen, ist ihm nahezu jede Manipulation recht. Die Nato hat hingegen es nicht einmal für nötig befunden, Erdogans permanentem Putsch auch nur mit einer Sitzung in Brüssel zu begegnen. Zu wichtig ist Ankara und Erdogan für eine Politik des Regime Changes in Syrien und um Syrien für Russland in das Afghanistan der Sowjetunion verwandeln zu können. Jahrelang blickte man vornehm weg, denn über die Türkei lief die Bewaffnung der islamistischen Terrormilizen. Doch nicht nur in Brüssel unterstützte man Erdogan weidlich, auch Berlin wollte nicht zurückstehen.

Vor entscheidenden Abstimmungen konnte sich Erdogan wie jetzt im Februar sicher sein, dass ein Besuch der Kanzlerin ihn entsprechend aufwerten würde und alle Zweifel zu zerstreuen, es handle sich bei hunderttausend Entlassenen und

zahnlosen Verhafteten um mehr als ein Kavaliersdelikt.

Ich finde diese Kumpanei unerträglich. Auf die seufzende Frage man könne nichts tun gibt es unmissverständliche Antworten: 1. Der Beitrittsprozess muss gestoppt werden, damit auch die 630 Millionen Euro an Vorbeitrittshilfen für Erdogan eingefroren werden können. 2. Die Bundeswehr muss raus. Die Unterstützung über die Stationierung in Konya und Incirlik ist mehr als perfide. 3. Die Pläne die Zollunion zu erweitern, um Erdogan ökonomisch zu retten, müssen auf Eis gelegt werden.

Allen voran aber muss die Bundesregierung die Rüstungsexporte stoppen! Ich frage mich, warum geht das Gros der Rüstungslieferungen weiter, obwohl diese Waffen in Erdogans Krieg gegen die Kurden in der gesamten Region verwendet werden und die Bundesregierung auf unsere Anfragen hin nicht einmal ausschließen kann, dass damit islamistische Terrormilizen in Syrien aufmunitioniert werden.

Und wir sind hier in Düsseldorf. Hier ist der Sitz der Rüstungsschmiede Rheinmetall. Und die Bundesregierung stoppt nicht die geplante Beteiligung von Rheinmetall an einer Panzerfabrik in der Türkei nicht einmal in diesen Zeiten. Ich finde anders als die Bundesregierung brauchen wir keinen Pakt mit Erdogan, wir brauchen einen Pakt mit der Opposition in der Türkei, einen Pakt mit den politisch Verfolgten, die sich dieser Diktatur, die sich denjenigen, die die Türkei in einen islamistischen Unterdrückungsstaat verwandeln wollen, mutig entgegenstellen und Nein sagen!

Unsere Solidarität muss konkret sein, Stoppen wird den Merkel-Erdogan-Pakt! Stoppen wir die

Rüstungsschmiede Rheinmetall bei ihren Plänen für die Produktion von Panzern in der Türkei, von denen wir sicher sein können, dass damit nur wenig später die Al-Kaida-Schergen in Syrien herumfahren werden!

Sevim Dagdelen ist Abgeordnete des Deutschen Bundestag für die Partei Die Linke.

Ulrich Sander, Gelsenkirchen

Redebeitrag von Ulrich Sander (VVN-BdA) für den Ostermarsch Ruhr in Gelsenkirchen am 16. April 2017

Liebe Friedensfreundinnen und
Friedensfreunde,

„schon einmal hat man dem deutschen Volk den Vorwurf gemacht, geschwiegen zu haben, wo mutige Worte und Taten notwendig waren. In den Konzentrationslagern – wie Bergen-Belsen – kamen Millionen Menschen ums Leben. Bei Fortsetzung der Versuchsexplosionen und der atomaren Aufrüstung aber drohen der gesamten Menschheit Vernichtung. Dieser Gefahr gilt es durch eine unüberhörbare, totale Absage an alle Atomkriegs-Vorbereitungen in Ost und West zu begegnen.“

So lautete der Aufruf zum ersten deutschen Ostermarsch der Atomwaffengegner, der vor 1960 von Hamburg zum Raketenübungsplatz bei Bergen-Belsen führte. Ich war einer der Mitorganisatoren. Ich freue mich, heute hier sprechen zu dürfen. Der Ostermarsch war immer ein Marsch für den Frieden, wie einer fürs Gedenken an die Opfer des Faschismus und des Krieges, so wie heute auch an dieser Gedenkstätte. Wir ehren hier die unzähligen Opfer, und bekräftigen: Nie wieder!

Unser Ostermarsch hat sich stets vor allem an die Verantwortlichen im eigenen Land gewandt und die Verantwortung von uns Deutsche betont. Angesichts der heutigen Regierungspolitik mit dem Plan, die Rüstung zu verdoppeln, um Deutschlands führende Rolle zu

betonen und die EU zur von Deutschland dominierten Militärmacht umzubauen, sagen wir: Die deutschen Großmachtträume platzen lassen!

Nach der Befreiung von Krieg und Faschismus im Mai 1945 wurde das Völkerrecht neu geschrieben. Es gilt noch heute – wird aber ständig gebrochen, wie jetzt mit US-Marschflugkörpern, die in Syrien einschlugen. Ein unaufgeklärtes abscheuliches Kriegsverbrechen wurde genutzt als Vorwand zur abscheulichen gefährlichen Eskalation.

Diese ungeheure gefährliche Eskalation des Krieges wurde von der Kanzlerin und dem Außenminister wie der Verteidigungsministerin begrüßt.

Ist das gemeint, wenn die Kanzlerin von der Beseitigung der Fluchtursachen spricht? Die Hauptursache für die Flüchtlingsströme - das sind die Kriege. Und nun wird sich das Leid und die Zahl der Flüchtlinge vergrößern, wie die Bereitschaft zur Hilfe durch das offizielle Deutschland und durch die EU immer mehr abnimmt. Das ist äußerst bedauerlich.

Frau Merkels Zustimmung zu Marschflugkörpern ist nicht neu. Heute knüpft sie an ihr kriegerisches Konzept an, das sie auf der Münchner sog. Sicherheitskonferenz im Jahr 2004 verkündete:

“Um die Politik anderer Nationen zu beeinflussen, um den Interessen und Werten der eigenen Nation zu dienen, müssen alle Mittel in Betracht gezogen werden, von freundlichen Worten bis zu Marschflugkörpern.“

Bundesregierung und Bundespräsident erzählen der Öffentlichkeit, dass die Politik des amerikanischen Präsidenten Trump größere

Anstrengungen Europas – und besonders Deutschlands – für die “Sicherheit” erfordert. Die Menschen sollen denken, die Regierung sei besorgt wegen der abenteuerlichen Politik Trumps. Das trifft aber nicht zu. Trumps Forderung nach mehr Rüstung der europäischen NATO-Staaten, wird als Steilvorlage angesehen, um die bereits im 2016 vorgestellten “Weißbuch” der Bundeswehr angekündigten umfassenden Aufrüstungsprojekte der Großen Koalition offensiv umzusetzen. Beide Bundespräsidenten, der alte wie der neue, forderten, dass Deutschland “größere Verantwortung” für die militärische Stärke des Westens übernimmt. Das bedeutet Krieg.

1945/46 als das neue Völkerrecht geschrieben wurde, hieß es: Wir wollen den „Aufbau einer Welt des Friedens und der Freiheit“, wie es im Schwur von Buchenwald hieß, und wir wollen die Verpflichtung Deutschlands zum Frieden, denn in der völkerrechtlichen Festlegung der Potsdamer Konferenz der alliierten Siegermächte heißt es: „Es ist unser unbeugsamer Wille, den deutschen Militarismus und Nationalsozialismus zu zerstören und dafür Sorge zu tragen, dass Deutschland nie wieder imstande ist, den Weltfrieden zu stören.“

Die politische Entwicklung muss uns alle zum Handeln, zum Widerstand gegen Kriegsbeteiligung und weitere Aufrüstung veranlassen.

Auch die innenpolitische Entwicklung ist alarmierend. Mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zugunsten der klar als faschistisch erkannten NPD haben wir eine faktische Legalisierung einer NSDAP-Nachfolgepartei. Mit dem Spruch von Karlsruhe wird den braunen Schlägern und Brandstiftern viel Ermunterung

zuteil. Mit den Bewegungen wie Pegida und AfD haben wir eine massenhafte Entwicklung hin zu einer den Faschismus unterstützenden Tendenz. So etwas gab es auch in den zwanziger Jahren, und 1933 bildete Hitler dann seine Regierung zusammen mit nur drei Nazis und acht Ministern aus völkisch-konservativen Kreisen.

Jetzt lese ich in der „Welt“, man müsse Frau Petrys Strömung in der AfD stützen, dann könne diese bei künftigen Koalitionen mitwirken. Nächste Woche wollen Antifaschisten, Demokraten und Antirassisten in Köln massenhaft gegen den AfD-Parteitag gehen – wir sollten diesen Protest unterstützen.

Wir befinden uns in der Zeit des Wahlkampfes zum Landtag in Düsseldorf. Das Schweigen über die Tatsache, dass NRW zum hauptsächlichen Aufmarschgebiet für sehr aktuell drohende Kriege gemacht wird, ist im Wahlkampf und darüber hinaus zu brechen.

Auch in NRW, in Kalkar und Uedem am Niederrhein werden die Cyber- und Drohnenkriege geplant. Eine neue Teilstreitkraft soll es ermöglichen, Kriege zu führen und zu gewinnen – so ein ehemalige Nato-Kommandeurs aus USA, Breedlove.

Kalkar ist ein gefährlicher Ort. Aber auch die anderen militärischen Einrichtungen in NRW, so die in Münster und Dülmen. Von Münster sind tausend deutsche Soldaten und Soldaten anderer NATO-Staaten unter deutscher Führung nach Litauen geschickt worden, ran an die russische Grenze. „Speerspitze“ nennt sich das. Dort wurden sie vom Oberbefehlshaber der streng auf Kalten Krieg und Feindschaft gegen Russland ausgerichteten litauischen

Armee mit den Worten empfangen:
„Wir schaffen jetzt die Strukturen für
die Zeit des Krieges.“

Wir sagen: Wir wollen keine Strukturen
des Krieges. Die NATO-Einrichtungen
in Nordrhein-Westfalen sind zu
beseitigen. Dafür sollten sich die
Landtagsabgeordneten einsetzen. Wir
regen an, sich in der Arbeit für den
Frieden an unserer Landesverfassung
zu orientieren. Artikel 7 der
Landesverfassung verlangt die
Erziehung „zur Völkergemeinschaft
und zur Friedensgesinnung“. Deshalb:
Der Kooperationsvertrag der
Landesregierung mit der Bundeswehr
muss gekündigt werden. Die
Bundeswehr soll auch nicht in
Hochschulen, Schulen,
Arbeitsagenturen, Ausbildungsmessen
und Jobcentern werben dürfen.
Forschung an Hochschulen zu
Rüstungszwecken ist zu verbieten,
Zivilklauseln an allen
Bildungseinrichtungen sind verbindlich
einzuführen.

Zu diesen Wahlen verlangen wir, dass
die Verfassung ernst genommen wird.
Artikel 26 und 27 der NRW-
Landesverfassung gebieten die
Entmachtung der
marktbeherrschenden Konzerne. Auf
der Grundlage dieser Artikel müssen
Betriebe wie z.B. Thyssen-Krupp oder
Rheinmetall vergesellschaftet werden,
um damit ihr kriegerisches Wirken als
Rüstungskonzern zu beenden. Ganz
aktuell ist an die IG Farben Nachfolger
zu erinnern. So hat Bayer einen
Teufelspakt mit einem Konzern der
USA, Monsanto, der mit Gefährdung
von Umwelt und Gesundheit der
Menschen bekannt wurde,
geschlossen. Derselbe Bayerkonzern
hat sich mit einer großen Spende am
Wahlkampf für den erzreaktionären
Donald Trump in den USA beteiligt.

Vor einem Jahr hat unser Freund Knut
Maßmann hier an dieser Stelle die
Tatsache verurteilt, dass ein
Kriegerdenkmal aus der Nazizeit,
aufgebaut vor dem Schalker Verein,
nun einen neuen Platz auf jenem
Gelände gefunden hat. Man hätte
jedoch das Nazi-Schwert verschrotten
sollen. Aber Denkmale für den Krieg
werden bewahrt: Hingegen droht der
Schwur von Buchenwald, dieses
geistige Denkmal und große
antifaschistische Kulturerbe,
geschreddert zu werden. Dieser
Schwur wurde nun von einem
„Verfassungsschutzverbund“ des
Bundes und der Länder als
verfassungsfeindlich und Ausdruck der
„kommunistischen
Faschismusdefinition“ eingestuft.

Den Kampf erst einzustellen, wenn
auch der letzte Schuldige vor den
Richtern der Völker steht! Und den
Nazismus mit seinen Wurzeln zu
vernichten! Dazu riefen im April 1945
die überlebenden Widerstandskämpfer
mit ihrem Schwur von Buchenwald auf.
Dazu ist noch viel zu tun. Die
Rüstungsindustrie, die Thyssen-Krupp,
die Rheinmetall und andere sind
wieder ganz groß im Geschäft wie
einst, als sie sich mit Hitler verbanden
und dann reicher aus dem Krieg
herauskamen als sie hineingingen.

Sie verbünden sich wieder mit
grausamen Diktaturen, denen sie, wie
z.B. Saudi-Arabien, die Waffen liefern.
Am 9. Mai wird in Berlin die
Hauptversammlung von Rheinmetall
stattfinden. Die Friedensbewegung ruft
zum Protest.

Es ist viel zu tun! Wir wollen alle
Rassisten stoppen, vor allem die AfD.

Wir fordern zumindest das Einfrieren
des Rüstungshaushalts und die
Beendigung aller Auslandseinsätze.

Wir fordern Solidarität mit den
Flüchtlingen, die zu uns kommen
wollen. Stoppt die Abschiebungen,
Refugees are welcome!

NEIN zum deutschen Streben nach
militärischer Führung - Deutsche
Großmachträume platzen lassen!

*Ulrich Sander ist Bundessprecher der
VVN-BdA.*

Anne Sandner, Bochum

Redebeitrag von Anne Sandner (DGB) für den Ostermarsch Ruhr in Bochum-Werne am 17. April 2017

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,
liebe Friedensliebende,

vielen Dank, dass ich als DGB
Gewerkschaftssekretärin und als eine
der „Gewerkschafterinnen für Frieden
und Solidarität“ am Ostermontag zum
Auftakt zu euch sprechen darf.

Gewerkschaften und Frieden da gab
es mal eine Zeit, wo beides enger
zusammen gehörte. Auch waren viele
Gewerkschafter beim Schwur von
Buchenwald dabei, wo es im letzten
Satz heißt: *„Der Aufbau einer neuen
Welt des Friedens und der Freiheit ist
unser Ziel.“*

Mit dieser Grundhaltung sahen sich
nach dem Ende des Zweiten
Weltkriegs die wiedergegründeten
freien Gewerkschaften im DGB
deshalb dem Einsatz für den Frieden
und dem Kampf gegen Rassismus,
Antisemitismus und Faschismus
besonders verpflichtet. Im Rahmen
eines Antikriegstages mit der
Überschrift „Nie wieder Krieg“ wurde
auf Initiative des DGB erstmalig am 1.
September 1957, des Jahrestags des
Überfalls der deutschen Wehrmacht
auf Polen von 1939 und damit des
Beginns des Zweiten Weltkriegs
gedacht.

Trotz Beschlusses auf der obersten
Ebene ist dieser Tag für viele
Gewerkschafter und Beschäftigte an
vielen Orten gerade mal eine
Randerscheinung und wurde im Laufe

der Zeit als Aufgabe an die
DGBJugend abgeben.

Die Initiative GfFS hat sich 2015
gegründet und hat sich u.a.
vorgenommen, die Themen Frieden,
Abrüstung und Rüstungskonversion
wieder stärker in den
Gewerkschaftsdebatten intern aber
auch als gesellschaftliche Aufgabe in
den Fokus zu rücken. Das ist kein
Selbstläufer, deshalb müssen wir dran
bleiben und hoffen so immer größere
Kreise zu ziehen.

Ich bin in einer Welt groß geworden, in
der der Frieden hier vor meiner
Haustür selbstverständlich ist und lebte
in dem Selbstverständnis, dass von
deutschen Boden nie wieder Krieg
ausgehen darf. Verpasst habe ich die
Diskussion um die Wiedereinführung
der allgemeinen Wehrpflicht in der
Bundesrepublik. Vor ziemlich genau 60
Jahren, am 1. April 1957 rückten die
ersten 10.000 Wehrdienstleistenden in
die Kasernen ein. Mir wäre es lieber,
wenn wir gar keine Armee hätten (die
Deutschen haben da ja in der
Geschichte noch nie gute Rollen
gespielt), aber wenn Politik glaubt, eine
Armee zur Verteidigung haben zu
müssen, dann bitte mit einer
allgemeinen Wehrpflicht. Denn eine
Söldnerarmee (was die BW heute ist)
in einem Apparat, der gerade mal
durch eine Ministerin kontrolliert wird,
entwickelt sich zu einem „Staat im
Staate“, verfolgt eigene Interessen und
ist abgekoppelt von der
gesellschaftlichen Kontrolle. Auch das
hatten wir schon mal !(!)

Auch wenn ich als Mutter von 3
Söhnen froh war, dass diese
allgemeine Wehrpflicht ausgesetzt ist,
hat das zu Folge, dass nun gar keine
Auseinandersetzung um die Rolle der
Bundeswehr stattfindet. Mir wäre es
lieber gewesen, meine Kinder und ihre
Kumpels und auch Kumpellinen hätten

um ihre Position ringen müssen, ob sie den Wehrdienst verrichten oder aber lieber eine soziale Aufgabe übernehmen wollen. Nicht, weil ich der Meinung bin, dass der Ersatzdienst ein guter preiswerter Dienstleister ist, sondern weil auf diese Weise bei jungen Menschen das Bewusstsein für das Zusammenleben und das solidarische Funktionieren einer Gesellschaft näher gebracht werden könnte. Nachdem den Kindern der Staat eine Schulausbildung ermöglicht hat, ist dieses Jahr auch eine Form, etwas der Gesellschaft zurückzugeben. (Aktuell hat sich das freiwillige soziale Jahr zu einer Auszeit nach der anstrengenden Gymnasialzeit in Form einer Weltreise für Kinder wohlhabenderer Eltern entwickelt)

Bei einer allgemeinen Wehrpflicht wird auch das „Werben fürs Sterben“ an den Schulen überflüssig. Die Rolle der Bundeswehr bei Auslandseinsätzen, die übrigens dem widerspricht, was die Gründungsväter eigentlich versprochen haben, würde eine breitere gesellschaftliche Debatte auslösen.

Denn so bleibt der fade Beigeschmack: „Die haben sich doch für den Dienst freiwillig gemeldet und hätten das doch wissen müssen“. Doch ich glaube **nicht**, dass Auszubildende z.B. als Bürokaufleute bei der Bundeswehr sich darüber im Klaren waren, dass sie im Laufe ihrer Verpflichtungszeit als Soldat ihre Waffe auf Menschen richten müssen. Die Bundeswehr ist **kein** Arbeitgeber wie jeder andere und deshalb muss die Werbung von geschulten Personal in den Klassen und von bunten Trucks mit flimmernden Videoshows und -spielen auf Berufsmessen verboten werden.

Auch Rüstungskonzerne sind keine Arbeitgeber wie andere auch. Da bekommt der Spruch „sozial ist, was

Arbeit schafft“ eine noch sarkastischere Note. Ich bin sowieso nicht der Meinung, dass „Hauptsache man hat Arbeit“, der richtige Ansatz ist, das würde selbst Sklavenhalter zu sozialen Wesen erklären. Auf der anderen Seite sollten auch die Produkte sozial sein. Sie müssten den gesellschaftlichen Bedarfen, was Nutzen, Ressourcenverbrauch und ökologische Ansprüche betrifft, gerecht werden. Die Entwicklung und Produktion von Rüstungsgütern ist asozial. Um es klar zu stellen, nicht die Beschäftigten, die dort mir ihrer Arbeit sich und ihren Familien ein auskömmliches Leben ermöglichen, sind asozial. Sie können sich nur mit ihrer Arbeitskraft ernähren, über das Endprodukt entscheiden sie nicht mit.

Deshalb sind die Rüstungskonzerne und vor allem die Politik, die diesen Unternehmen ihre Produkte abkaufen, die Adressaten der Botschaft: Wir wollen und brauchen keine Industrie für Rüstungsgüter!! (weder für Waffen noch für anderes Militärzeugs) .

Und Waffen, die erstmal gebaut wurden, werden auch irgendwann eingesetzt, manchmal auch Jahre später, wenn es dem aktuellen politischen Bestimmer beliebt (s. Trump gerade in Afghanistan). Im Bundeshaushalt 2017 ist die Verteidigung mit 11% der 2.größte Posten nach Arbeit und Soziales. Bildung und Forschung, die vielbeschworene Zukunft unserer Landes bekommt mit 4,6 % gerade mal weniger als die Hälfte und steht an 5. Stelle des Staatshaushaltes. Der Verteidigungshaushalt ist größer als der für Justiz/Verbraucherschutz, Auswärtiges, Bildung und Forschung, Umwelt und Bau, sowie Entwicklungszusammenarbeit zusammen.

Trotz dieses enormen Volumens geben wir damit aber aktuell ca. 1,2% des BiP für Rüstung aus. Doch hat sich die Nato gerade auf Steigerung der Ausgaben in Höhe von 2% verständigt. (Die Rüstungsindustrie hat bei dem Beschluss sicherlich die Korken knallen lassen.) Das würde aber für Deutschland heißen, wir müssten unsere Ausgaben in diesem Posten nahezu auf ca. 60 Mrd. € verdoppeln. Was das in einem Haushalt der Schwarzen Null, (dessen Unsinn ich hier und heute nicht weiter kommentieren möchte), bedeutet, ist klar: andere Posten werden gekürzt werden.

Wenn die neoliberale Ausrichtung unserer Politik nicht bald gestoppt wird, ist relativ klar, worauf das hinaus läuft. Die politisch gewollte Ruinierung des Sozialstaates wird weiter fortgesetzt, jede und jeder von uns soll sich noch mehr individuell absichern, wenn man oder frau es sich denn leisten kann (und das freut nebenbei die Versicherungskonzerne).

Das führt zu einer noch größeren Spaltung unserer Gesellschaft, die selbst der geschönte Armutsbericht (über Reichtum weiß man in unserem Lande ja kurioserweise kaum etwas) zugeben muss.

Doch nicht nur für unser Land wirkt diese Entscheidung. Die Rüstungsspirale ist damit weltweit wieder in Gang gesetzt (auch wenn Russland sein riesiges Militärbudget gerade um 7% gekürzt hat, was in unseren Medien gar nicht berichtet wird - passt wohl nicht in die aktuellen Szenarien).

Der Waffenhandel erreicht in 2016 sein größtes Volumen seit 1990. (Die gerade einmal 20.000 Arbeitsplätze direkt in den Rüstungsfirmen können da kein Argument sein, die haben wir

in der Steinkohle seit 2008 um es mit den Worten unserer Kanzlerin zu sagen „alternativlos“ abgebaut).

Deutschland nimmt als Waffenexporteur immer einen der vorderen Plätze ein und exportiert u.a. in Länder der Krisenregion im Nahen Osten, wie z.B. arabischen Emirate, Saudi-Arabien, Israel und hält so direkt oder über Umwege das Feuer der Kriege dort am Lodern.

Wenn dann nun Menschen aus den Krisenregionen dieser Welt vor Hunger, Krieg, Zerstörung, einem würdelosen Leben fliehen und es über die Hohen Mauern und Zäune und tiefen Wellen des Mittelmeeres zu uns schaffen, wagen wir zu behaupten, dass unser Boot voll ist. Die Rolle der Medien in diesem Zusammenhang, die uns Bilder aus den Fluchtländern und übervollen Booten und schwimmenden Leichen vorenthalten, dafür aber uns mit Umfragen und Statistiken über Angst vor Terror und Sorge um Sicherheit in Deutschland zumüllen, ist anderer Aspekt, den es ausführlicher in unserer sogenannten freien Pressewelt zu diskutieren gilt.

Es ist aber trotzdem irgendwie schon nachvollziehbar, dass diejenigen, die sich in unserer Gesellschaft abgehängt fühlen und davor Angst haben, dass sie immer weniger statt mehr bekommen, wenn der Sozialstaat immer weiter zurückgefahren wird, nach Ventilen suchen. Diese soziale Spaltung unserer Gesellschaft ist der Nährboden für ein vergiftetes Klima, für Neiddebatten und damit für die Rechtspopulisten.

Deshalb ist es wichtiger denn je auf den Ostermärschen für den Frieden, aber auch für eine andere neue Politik aktiv zu sein, die ich abschließend in 6 Punkten nur kurz skizzieren möchte.

1. Die Verteidigung demokratischer Rechte und sozialer Errungenschaften ist und bleibt eine ständige Aufgabe. Dies gilt erst recht in einer Zeit, in der wirtschaftliche Interessen vorrangig behandelt werden und eine kleine Elite ihre kaum zu kontrollierende politische Macht rücksichtslos zur Durchsetzung ihrer Interessen nutzt. Während die Kluft zwischen Arm und Reich unsere Gesellschaft immer stärker spaltet und Demokratie und Frieden bedroht.
2. Wir müssen gemeinsam „klare Kante“ gegen Rechts zeigen. Wir wissen: Agenda 2010 und Hartz-IV, ein ausufernder Niedriglohnsektor, zunehmende befristete Arbeitsverhältnisse, Leiharbeit und Werkverträge schüren bei den Menschen berechnete Abstiegsängste. Es sind die völkischen Nationalisten und Rassisten der AfD, die versuchen die Wut und Ängste der Menschen für ihre soziale Demagogie und Fremdenhass zu nutzen.
3. Wir brauchen deshalb eine Politik, die bewusst und konsequent Partei für die arbeitenden Menschen ergreift, die das Thema "Soziale Gerechtigkeit" ehrlich und nicht als Phrase wieder in den Mittelpunkt stellt. Wir brauchen deshalb einen Politikwechsel: Eine Abkehr von der Agenda 2010- Politik und eine grundlegende Korrektur der Hartz IV- Gesetzgebung. Leih- und Werkvertragsarbeit sowie befristete Arbeitsverträge müssen eingeschränkt werden. Die Löhne müssen vor allem im unteren Bereich steigen und der Sinkflug der Renten muss gestoppt und umgekehrt werden. Nur so kann Altersarmut verhindert werden.
4. Unsere Solidarität mit den Menschen in den südeuropäischen Ländern muss in unserem eigenen Interesse dazu beitragen den wirtschaftlichen und sozialen Verfall in ihren Ländern zu verhindern. Wir müssen für gleiche Lebensverhältnisse in Europa streiten. Wir brauchen eine Erneuerung und Demokratisierung Europas, dürfen dabei aber den Rest der Welt nicht aus dem Blick verlieren.
5. Die regionalen Kriege im Nahen- und Mittleren Osten bzw. in Afrika sind eine wesentliche Ursache für millionenfache Flucht und menschliches Elend. Wir müssen den geflüchteten Menschen mit Würde begegnen, ihnen Schutz gewähren und ihnen eine Zukunftsperspektive eröffnen.
6. Wir brauchen Initiativen für eine neue Abrüstungs- und Entspannungspolitik in Europa und weltweit. Wir brauchen eine zivile Konfliktbewältigung und keine Terrorszenarien, die das gesellschaftliche Klima vergiften und den Boden für Rechtspopulisten bereiten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Freunde,

Ich will nicht, dass von deutschem Boden wieder Krieg ausgeht, weder in Form von Exportgüter noch mit einem Einsatz unserer Bundeswehr. Deshalb lasst uns heute gemeinsam gehen:
 Gemeinsam für den Frieden! -
 Gemeinsam gegen Rechts! –
 Gemeinsam für soziale Gerechtigkeit!

Als GewerkschafterInnen für Frieden und Solidarität mobilisieren wir für einen Aufbruch im Ruhrgebiet. Seid auch dabei, wenn wir bei der Demonstration und Kundgebung am 6.Mai in Bochum gemeinsam klare Kante zeigen!

Aktiv gegen Rechts und Rassismus.
Aktiv für Demokratie, für ein soziales Deutschland und für ein soziales und gerechtes Europa!

Glück auf!

Anne Sandner ist DGB-Gewerkschafts-Sekretärin und Verantwortliche in der Gewerkschaftsinitiative für Frieden und Solidarität.

Friedrich Fuß, Dortmund Dorstfeld

Redebeitrag von Friedrich Fuß (Bezirksbürgermeister Do- Innenstadt-West) für den Ostermarsch Ruhr in Dortmund am 17. April 2017

Liebe Ostermarschmarschiererinnen
und Ostermarschmarschierer,

mein Motto dieser Rede ist: Der Stoff
hat die Farbe des Garns.

Als Bezirksbürgermeister begrüße ich
Sie im dem Stadtteil Innenstadt West
Ortsteil Dorstfeld von ganzen Herzen.
Ich selber habe in den achtziger
Jahren an vielen Ostermärschen und
am Frauenfriedensmarsch von
Dortmund nach Brüssel teilgenommen.

Ich erinnere mich an die Themen
Nachrüstung, Cruisemissile
Marschflugkörper und und und. Und
diese unds sind es, warum es diesen
Ostermarsch weiterhin geben muss.
Die Waffen haben andere Namen und
sind mit diesen anderen
Bezeichnungen hauptsächlich noch
schrecklicher geworden als die der
achtziger.

Es gibt seit neuestem eine
Cybereinheit, der Schrecken wird am
PC verbreitet. Wundert es uns, ist die
Welt jetzt sicherer oder gar unsicherer
geworden? Jede neue Waffe, birgt
eine andere Gegenwaffe in sich, nur
das Abrüsten sichert Frieden. Abrüsten
aller Angriffswaffen wäre die Losung.

Selbstverständlich hat jeder Staat das
Recht auf Verteidigung, in seinem
Land. Am Hindukusch wird keine
Demokratie verteidigt und schon gar
nicht unsere.

Meine Damen und Herren, liebe
Freundinnen und Freunde,

das übergeordnete Ziel des
Friedenschaffens – das wichtigste Ziel
ohne Zweifel – tritt hier in Dorstfeld
etwas hinter der politischen Realität
zurück.

Hier findet ein politischer Diskurs nicht
statt, kann nicht stattfinden, denn mit
menschenverachtenden Idealen und
Vorstellungen kann man keinen
Diskurs führen.

Ich war entsetzt als ich das Wahlplakat
der Rechten gesehen habe, ich habe
meinen Geschäftsführer gebeten,
sowohl das Rechtsamt wie die Polizei
zu informieren.

Ich musste lernen das Recht und
Richtig nicht immer übereinstimmen.
Es ist das Recht diese Plakate
aufzuhängen aber es wird dadurch
nicht Richtig. Wenn
Menschenverachtung suggeriert wird,
dann kann das durch das Recht
soeben noch gedeckt sein, es ist
dennoch falsch. Dorstfeld ist kein
Nazikiez, wie es die Rechten gerne
kolportieren, es ist eine gute
bürgerliche Gesellschaft, die Dorstfeld
prägt.

Am deutlichsten wird die immer und
immer wieder am Wahltag, die
Rechten haben hier keinen Rückhalt,
sie haben es nicht erreicht in die
Bezirksvertretung gewählt zu werden.

Dorstfeld ist ein bunter
nachbarschaftlich organisierter Kiez.
Dorstfeld ist was ganz besonderes: es
ist ein gut funktionierendes Dorf in
Mitten einer Großstadt. Ein reges
Vereinsleben prägt Dorstfeld, hier wird
das Leben in einer Großstadt erträglich.
Unerträglich aber ist das laute
Aufbegehren einer
menschenverachtenden Gruppierung.

Heute wollen wir aber nicht über Dorstfeld reden, wir wollen den Frieden in Deutschland, in der ganzen Welt sichern.

Der Stoff hat die Farbe des Garns. So wie sich jeder einzelne hier auf dem Platz nach Frieden sehnt, so haben wir zwar alle eine Sehnsucht, aber mit vielen bunten Facetten. Wir gehen in dieselbe Richtung, aber wir marschieren nicht im Gleichschritt und in Uniform. Wir sind Individualisten, die den gemeinsamen Wunsch nach Frieden in der Welt haben.

Ich wünsche dem Ostermarsch 2017 einen würdigen Abschluss.

Friedrich Fuß ist Bezirksbürgermeister Do-Innenstadt-West. Er ist Mitglied von B90/Die Grünen.

Lühr Henken, Dortmund

Redebeitrag von Lühr Henken (Bundesausschuss Friedensratschlag) für den Ostermarsch Rhein-Ruhr in Dortmund am 17. April 2017

Liebe Ostermarschiererinnen, liebe
Ostermarschierer,

als wenn die Welt nicht schon genug
aus den Fugen wäre. So viele
Flüchtlinge wie noch nie seit dem
Zweiten Weltkrieg; große Hungersnot
im Osten Afrikas und im Jemen; Kriege
in Afghanistan, Pakistan, dem Jemen,
Irak, Syrien, der Türkei, Libyen, Mali,
Nigeria, Kongo, Sudan und Süd-
Sudan. Das sind nur die
Offensichtlichsten. Ungelöste
Dauerkonfliktherde, an denen
Atomkräfte beteiligt sind, wie der
zwischen Russland und dem so
genannten Westen, in Nah-Ost,
Kaschmir, Korea und um das
Südchinesische Meer. Viele der
Konflikte scheinen weit weg zu sein.
Sie sind uns seltener bewusst, weil sie
uns nicht persönlich betreffen.
Schlagartig wird vielen in diesen Tagen
jedoch klar, wie sehr wir hier in Europa
nah an den Konflikten liegen. Mit
Russland so und so, mit Syrien und
Libyen auch, aber nun auch mit Korea.
Das ist neu.

Der Giftgasanschlag in der syrischen
Provinz Idlib und der Kriegsakt des
neuen US-Präsidenten auf den
syrischen Luftwaffenstützpunkt in der
Provinz Homs lässt weltweit die
Alarmglocken läuten. Der erstmalige
Einsatz der US-Großbombe in
Afghanistan und die US-
Flugzeugträgergruppe vor der
koreanischen Küste scheinen auch
nichts Gutes zu verheißen. Die

Menschen rätseln. Sind das
Eintagsfliegen oder steckt dahinter
eine Strategie? Anders gefragt: Wollen
die USA in Syrien und in Nord-Korea in
den Krieg ziehen?

Ich sage hier ganz klar: Letzteres lässt
sich daraus noch nicht ablesen. Eine
Strategie vermag ich nicht zu
erkennen. Gefährlich ist das Verhalten
Trumps allemal. Richtig bleibt: Krieg
verschlimmert die Lage. Diese
Konflikte lassen sich nur durch
Verhandlungen lösen.

Zu Syrien: Der Einsatz von Giftgas ist
geächtet und stellt ein Verbrechen dar.
Die Verachtung ist den Tätern gewiss -
wer die Täter auch immer sind. Hier
beginnt das Problem. Wer sind die
Täter?

Wir haben eine geschichtliche
Parallele: der Sarin-Anschlag im
syrischen Ghouta im August 2013 mit
Hundertern von Toten. „Der Westen“
bezeichnete damals unisono – wie
heute - postwendend Assad der
Täterschaft. Die USA drohten ihm mit
Krieg, weil er die von Obama
gezogene „rote Linie“ überschritten
habe. Jedoch, nach Untersuchung des
Sarin stellte sich heraus, dass es
nicht aus den Arsenalen der Regierung
stammen konnte. Der Nachweis, dass
Assad der Täter war, konnte nicht
erbracht werden. Und es stellte sich
auch heraus, dass Al-Kaida in Syrien,
die al-Nusra-Front, in der Lage war, mit
türkischer Hilfe Sarin zu produzieren.
Die Frage drängt sich auf: Welche
Kriegspartei in Syrien hat ein Interesse
daran, die USA zum Kriegseintritt zu
bewegen? Assad oder seine Gegner?

Dieselbe Frage stellt sich heute erneut.
Wem nützt der Giftgasangriff? Macht
es für Assad Sinn, Giftgas
einzusetzen, wo er gewiss sein kann,
dass dann – zu Recht – Fluch und
Schande der Welt über ihn

hereinbrechen? Ich frage: Kann ein Staatschef so dumm sein? Wohl kaum. Die Täterschaft ist für mich ungeklärt.

Über die Reaktion Trumps und die der Bundesregierung muss geredet werden. Der US-Präsident hat mit seinem Angriffsbefehl zweifach Recht gebrochen. Zunächst die UN-Charta. Sie lässt nur unter zwei Bedingungen Angriffe auf UN-Mitgliedsstaaten zu: Im Falle von Selbstverteidigung und im Fall des Vorliegens eines UN-Mandats. Ein UN-Mandat gab es nicht. Notwehr liegt auch nicht vor, denn die USA sind nicht angegriffen worden. Trumps Angriff ist klar ein Völkerrechtsbruch. Und der zweite Rechtsbruch? Der Angriff verstößt gegen die Chemiewaffenkonvention, der die USA angehören. Die besagt, dass bei Verdacht auf den Einsatz von C-Waffen die Organisation für das Verbot von C-Waffen (OPCW) eine Untersuchung anberaumt. Wird der Verdacht bestätigt, befindet der UN-Sicherheitsrat darüber, ob militärische Mittel eingesetzt werden. Zwar hat die OPCW unverzüglich Untersuchungen eingeleitet. Ergebnisse liegen jedoch nicht vor. Ohne das Ergebnis abzuwarten, zu bombardieren, ist Rechtsbruch. Ich sage: Trump gehört zusammen mit den Giftgasmördern, wenn sie denn gefunden sind, auf die Anklagebank.

Und was macht die Bundesregierung? Frühzeitig hat sie sich darauf festgelegt, dass Assad die Verantwortung für den Giftgasmord trägt und hält den US-Angriff auf Syrien für „nachvollziehbar“. Eine Infragestellung klingt anders, eine Verurteilung ganz anders.

Ich fordere die Bundesregierung auf, die eklatanten Verstöße der US-Regierung gegen das Völkerrecht zu verurteilen!

Geschieht dies nicht, dann liegt ein Verstoß seitens der Bundesregierung gegen das Grundgesetz vor. Denn Artikel 25 des Grundgesetzes lautet: „Die allgemeinen Regeln des Völkerrechtes sind Bestandteil des Bundesrechtes. Sie gehen den Gesetzen vor und erzeugen Rechte und Pflichten unmittelbar für die Bewohner des Bundesgebietes.“ Und die Pflicht ist es hier, Rechtsbruch auch als solchen zu benennen.

Die Frage stellt sich, was folgt aus dem Marschflugkörperangriff? Für Syrien bedeutet er unmittelbar, dass die Anti-Assad-Kräfte eine verstärkte militärische Unterstützung von außen fordern und dass diese Seite ihr Ziel des Regime Changes, also eine Zukunft Syriens ohne Assad, bekräftigt. Die andere Seite treibt das US-Vorgehen zum Schulterschluss. Die Folge ist also: Die Gegensätze verhärten sich.

Wird dadurch die Chance auf Verhandlungslösungen erhöht? Eher nicht. Noch einmal: Der Syrien-Krieg kann nur über Verhandlungen auf allen Ebenen beendet werden. Zwischen den USA und Russland, zwischen dem Iran und Saudi-Arabien – und innersyrisch.

Trumps Angriff löst vielerorts Verunsicherung aus. Er untermauert damit seine Unberechenbarkeit. Seine früheren, als grundsätzlich zu verstehenden Aussagen, die USA unter seiner Präsidentschaft wollten kein Weltpolizist mehr sein, und die Politik des Regime Change sei falsch, scheinen nicht mehr zu gelten. Aber was dann? Trumps Handlungen erscheinen getrieben, impulsiv, damit konfus und konzeptionslos.

Nicht so gegenüber Russland. Hier verfahren USA und NATO zweigleisig. Ihre Devise ist: Dialog und Aufrüstung.

Das zeigte sich auch wieder beim Besuch des US-Außenministers Tillerson in Moskau. Lange Gespräche, wenig Greifbares. Aber immerhin: eine bilaterale Arbeitsgruppe soll an einer Verbesserung des Verhältnisses arbeiten.

Die US- und NATO-Aufrüstung läuft seit längerem. Der US-Rüstungshaushalt soll im kommenden Jahr um zehn Prozent ansteigen. Ob Trump das Geld dafür aus dem zivilen Bereich tatsächlich bekommt, ist allerdings noch nicht ausgemacht. Im atomaren Bereich läuft bereits ein Aufrüstungsprogramm, das in zehn Jahren 350 Milliarden Dollar verschlingt. Trump hat gesagt, er will, dass die USA immer über mehr Atomwaffen verfügen sollen als andere. Eben: America first. Auch die Russen rüsten atomar auf. Ihre Kosten dafür betragen 100 Milliarden Dollar.

Zurzeit führen die Vereinten Nationen eine Konferenz zur Abschaffung der Atomwaffen durch. Besonders skandalös ist, dass die Bundesregierung und andere NATO-Staaten sich weigern, an dieser Konferenz teilzunehmen. Damit blockieren sie die atomare Abrüstung und verletzen den Atomwaffensperrvertrag, der diese Abrüstung vorschreibt.

Ich fordere die Bundesregierung auf: Nehmen Sie an den UN-Verhandlungen zur Ächtung der Atomwaffen teil! Entziehen Sie den USA die Stationierungserlaubnis ihrer Atomwaffen in Büchel!

Die NATO-Staaten setzen ihre Einkreisungspolitik gegenüber Russland fort. Die Begründung, damit einen russischen Angriff abschrecken zu wollen, ist geradezu absurd. Ein Angriff Russlands auf die NATO käme angesichts der Kräfteverhältnisse

einem Selbstmord gleich. Es herrscht ein krasses Ungleichgewicht. Leicht zu erkennen an den Militärausgaben. Die NATO gibt dafür 13 mal mehr aus als Russland. Die Zahl der NATO-Soldaten unter Waffen ist viermal so hoch wie die russische. 3,4 Mio. zu 900.000.

Die baltischen Staaten sind klein. Folgende Frage stellt sich doch: Weshalb sollte Russland wegen des kleinen Baltikums überhaupt einen Gedanken darauf verschwenden, einen Angriff auf die NATO vorzubereiten? Die russischen Signale sind auch ganz andere: Es senkte seine Militärausgaben 2016 um fünf Prozent und die Ausgaben für neue Waffen um zehn Prozent. Wie dankte es die NATO?

Sie baut eine superschnelle Eingreiftruppe auf, stellt in Polen und Rumänien Anti-Raketen-Stellungen auf, führt ein Manöver nach dem anderen in russischer Grenznähe durch, simuliert dabei Atombombenabwürfe, schafft Panzer samt Munition und Soldaten in russische Grenznähe. USA und NATO erhöhen damit systematisch die Spannungen.

Ich will keine Konfrontation, sondern Kooperation mit Russland. Ich glaube, das wollen wir alle.

Um die Konfrontation finanzieren zu können, beschloss die NATO, dass jedes Mitglied möglichst zwei Prozent seiner Wirtschaftskraft, das BIP, für ihr Militär ausgeben soll. Das war 2014 auf dem NATO-Gipfel. Dabei spielte die Bundesregierung eine bedeutende Rolle. Sie gab nach dem Beginn der Ukraine-Krise ihre Zurückhaltung auf und setzte sich im NATO-Rat aktiv für die Erhöhung der Rüstungsausgaben ein. Zwei Prozent klingt wenig, ist aber viel. Wenn das in den europäischen NATO-Ländern bis 2024 umgesetzt

wird, bedeutet das pro Jahr eine Erhöhung um 100 Milliarden Euro in Europa. Deutschland trägt daran einen hohen Anteil. Deutschlands Militärausgaben würden sich von 37 Milliarden in diesem Jahr verdoppeln auf ungefähr 75 Milliarden Euro. Zum Vergleich: Russland gab 2015 nur 66 Milliarden Dollar aus. Die wahnsinnige Steigerung der Militärausgaben führt nicht zu mehr Sicherheit in Europa und der Welt, sondern provoziert militärische Gegenmaßnahmen, die wiederum hier Anlass sind, weiter an der Rüstungsspirale zu drehen.

Das Zwei-Prozent-Ziel hat in Europa noch einen zweiten Effekt: ein Verschieben der Kräfteverhältnisse in der EU zugunsten Deutschlands – insbesondere nach dem Brexit. Warum?

Deutschland ist in der EU mit Abstand die größte ökonomische Macht. Denn unser BIP ist um fast 20 Prozent größer als das britische und um fast 30 Prozent größer als das französische. Britannien sagt der EU good bye. Gibt Frankreich, die nächstgrößte Wirtschaft der EU, ebenso zwei Prozent des BIP für das Militär aus wie Deutschland, ist Deutschland neben der ökonomischen Macht auch im Militärischen die Führungsmacht in Europa. Das kann in der Nachbarschaft – bei dieser leidvollen Geschichte aufgrund deutscher Angriffskriege - nur Ängste hervorrufen.

Deshalb kann es nur diese Forderung geben: Stoppt die Aufrüstungsvorhaben der Bundeswehr und senkt den Rüstungshaushalt! Abrüstung ist das Gebot der Stunde!

Aber daran denkt die Bundesregierung nicht. Ministerin von der Leyen hat angekündigt, bis 2024 die Zahl der Bundeswehrsoldaten von jetzt knapp

180.000 auf knapp 200.000 erhöhen zu wollen. Das will finanziert werden. Die Bundeswehr wird seit 25 Jahren auf Auslandseinsätze ausgerichtet, sie wird in Kriege und Auslandseinsätze geschickt. Dafür erhält sie neue Waffentechnik.

Das deutsche Heer bildet schwerpunktmäßig aus für die Aufstandsbekämpfung im Stadt-, Orts- und Häuserkampf, erhält dafür neue Schützenpanzer und Kampfhubschrauber, die Marine konzentriert sich weltweit auf fremde Küsten und dem Land dahinter, erhält dafür Hochseekorvetten mit Marschflugkörpern und neue Fregatten mit Kanonen für den Landbeschuss sowie U-Boote. Die Luftwaffe erhält Military Airbusse, um alles das, was nicht schwimmt, schnell weltweit transportieren zu können – sowie Kampfdrohnen. Mit mehr Soldaten, mehr Waffen und mehr Geld werden die Bundeswehreinsätze weltweit zunehmen. Das soll unter dem Deckmantel von mehr Verantwortungsübernahme geschehen. Der Begriff Verantwortung dient der Verschleierung. Die wahren Absichten waren deutschen Leitmedien zu entnehmen, als sie das neue Weißbuch der Bundeswehr vorstellten. Die FAZ sieht Deutschland als globale Gestaltungsmacht und die Süddeutsche schrieb: „Das neue Weißbuch ist – gemessen an seinen Vorgängern – von neuer Klarheit. Noch nie seit dem Zweiten Weltkrieg hat sich das Land so deutlich zu seiner führenden Rolle in der Welt bekannt und daraus auch eine sicherheitspolitische Verpflichtung abgeleitet.“ Was der Süddeutschen noch im Weißbuch auffiel, war: dass bei der Interessendefinition Deutschlands „an dritter Stelle bereits – Prosperität und ungehinderter Welthandel“ stehen. „Will heißen“, so ihr Außenpolitik-Chef: „Die Freiheit der

Meere und die Versorgung mit Rohstoffen stehen im Interessenkatalog ganz oben.“ Also, worum geht es? Wir haben es schwarz auf weiß: Macht, Einfluss, Rohstoffe und Profit!

Liebe Friedensfreundinnen, liebe Friedensfreunde:

Ich will keine Auslandseinsätze der Bundeswehr! Ich will den Rückzug der Bundeswehr aus dem Ausland!

Macht, Einfluss und Profit sichern sich deutsche Konzerne und Regierungen auch durch den exzessiven Rüstungsexport. Ja, exzessiv! Im Februar legte SIPRI, das Friedensforschungsinstitut in Stockholm, Exportzahlen für deutsche Großwaffen vor. Sie sind für 2016 skandalös. Der Weltmarktanteil Deutschlands erhöhte sich von 6,3 auf 9 Prozent. Damit liegt Deutschland 2016 wieder auf Platz 3 weltweit und in Europa auf Platz 1. Und das ist eine Schande. Bei Kleinwaffen zeigt sich ein ähnliches Bild. Die Genehmigungen für Kleinwaffen stiegen im vergangenen Jahr um 47 Prozent gegenüber 2015. Das zeigt: wir dürfen auch im Kampf für ein Waffenexportstopp nicht nachlassen.

Danke.